

Washington News Im Blickpunkt

Liebe Leser:innen,

um Hintergründe zu beleuchten, die in der Kürze eines Artikels oft nicht darstellbar sind, lassen wir Ihnen gelegentlich „Washington News: Im Blickpunkt“ zukommen. „Im Blickpunkt“ erläutert detaillierte Gesetzespakete, Initiativen, Trends oder Entwicklungen aus dem politischen Washington.

Die Parlamente (state legislatures) von 15 US-Bundesstaaten haben in der ersten Jahreshälfte von 2023 Gesetze verabschiedet, die den ausländischen Besitz von Immobilien entweder einschränken oder komplett verbieten. Ähnliche Gesetzentwürfe wurden im gleichen Zeitraum in 20 weiteren Bundesstaaten vorgeschlagen. Insgesamt haben bereits 24 Bundesstaaten solche Einschränkungen eingeführt oder schreiben Investitionsüberprüfungen vor. Die Details der Gesetze sind unterschiedlich, gemeinhin richten sie sich aber gegen Personen und Unternehmen aus China, Iran, Kuba, Nordkorea, Russland und Venezuela.

Der vorliegende Blickpunkt betrachtet diese Welle neuer Investitionseinschränkungen auf Ebene der Einzelstaaten. Ein besonders kontroverses Gesetz, SB 264 aus Florida, wird genauer beschrieben.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Beste Grüße

Ihr Washington News Team

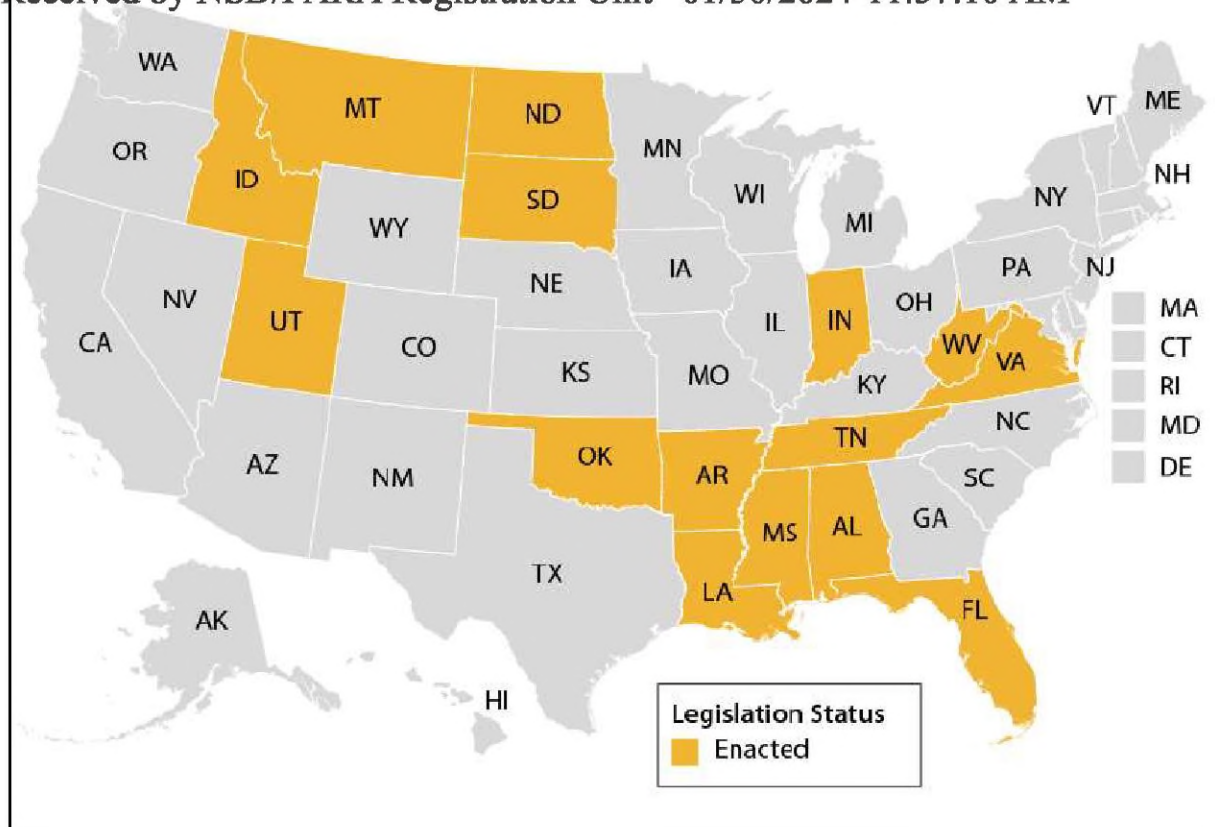
Investitionsbeschränkungen der US-Bundesstaaten

Jay Morgan, RGIT
Dezember 2023

Trends in der Gesetzgebung

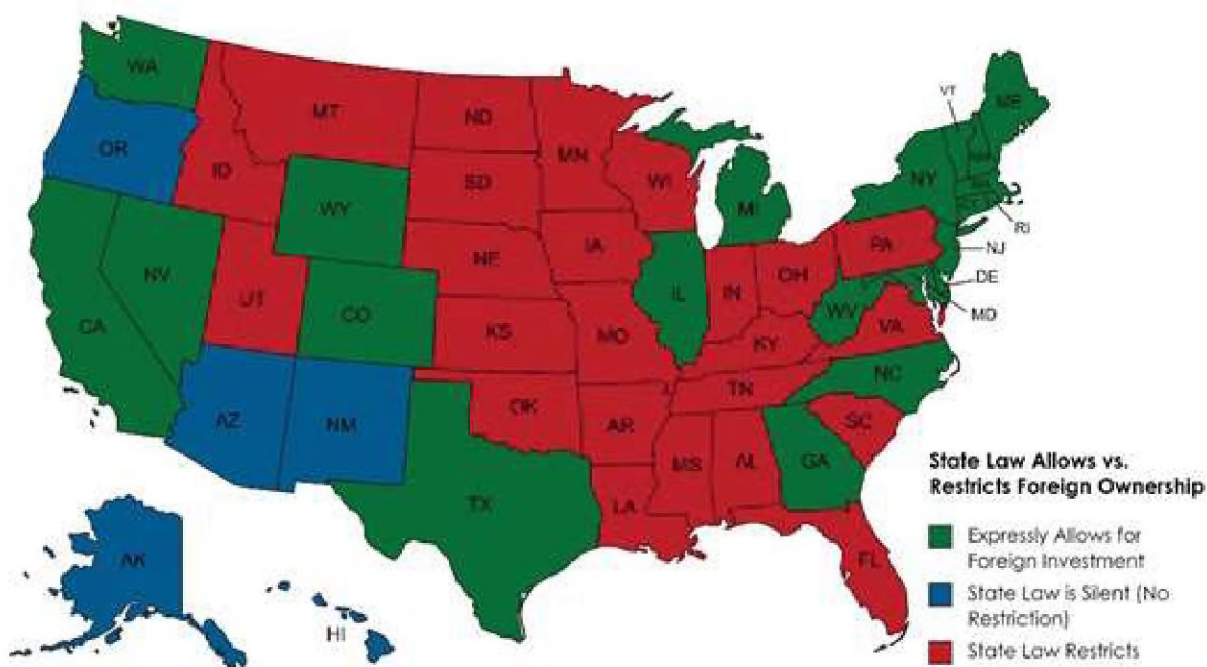
Die Bundesstaaten, die Einschränkungen auf Auslandsinvestitionen verabschiedet haben, sind meistens ländlich und republikanisch regiert. Mehr als die Hälfte befinden sich im Süden des Landes. Hauptargumente für solche Gesetzentwürfe sind Bedenken beim Verkauf von Agrarland und Grundstücken neben Militärstützpunkten oder kritischer Infrastruktur an ausländische Investoren, besonders aus China. Restriktionen beziehen sich meist auf Listen mit sanktionierten Nationen und Personen, die vom US-Finanz- oder Außenministerium herausgegeben wurden. Einige Gesetze sehen nur Meldepflichten vor, andere verlangen Überprüfungsverfahren oder Verbote. Ein Gesetz aus Oklahoma verbietet allen Ausländern gänzlich den Besitz von Immobilien, wenn sie nicht legal in Oklahoma wohnen.

Neue Investitionsbeschränkungen 2023



Quelle: <https://crsreports.congress.gov/product/pdf/LSB/LSB11013>

In Kalifornien kam ein Gesetzentwurf durch beide von Demokraten geführte Kongresskammern, der den Kauf von Agrarflächen durch ausländische Regierungen verbieten sollte. Gouverneur Gavin Newsom (ebenfalls Demokrat) verhinderte das Gesetz jedoch mit seinem Veto. Ein Gesetzentwurf in Texas (hier halten die Republikaner das Gouverneursamt und die Mehrheiten in beiden Kongresskammern) hätte ausländischen Regierungen, Unternehmen sowie Staatsbürgern aus China, Iran, Nordkorea oder Russland den Kauf von Grundstücken im zweitgrößten Bundesstaat verboten. Der Entwurf mit Unterstützung des Gouverneurs bekam zwar eine Mehrheit im texanischen Senat, schaffte es aber nicht durch das Repräsentantenhaus.



Quelle: <https://nationalaglawcenter.org/state-compilations/aglandownership/>

Investitionsbeschränkungen bleibt das Thema in beiden Parteien interregional umstritten. Obwohl viele republikanisch regierte Bundesstaaten neue Einschränkungen eingeführt haben, bleiben Befürchtungen einer Überregulierung. Auch die Demokraten sind von Auslandsinvestitionen (besonders aus China) nur wenig begeistert. Ein Ziel der Wirtschaftspolitik Bidens ist der Abbau der Abhängigkeit von China in kritischen Bereichen. Obwohl Auslandsinvestitionen in den USA auch die heimische Produktion stärken würden, wird ausländischer Besitz als möglicher Machthebel in einer geopolitisierten Welt wahrgenommen.

Sicherheitsbedenken übertrumpfen Wachstum

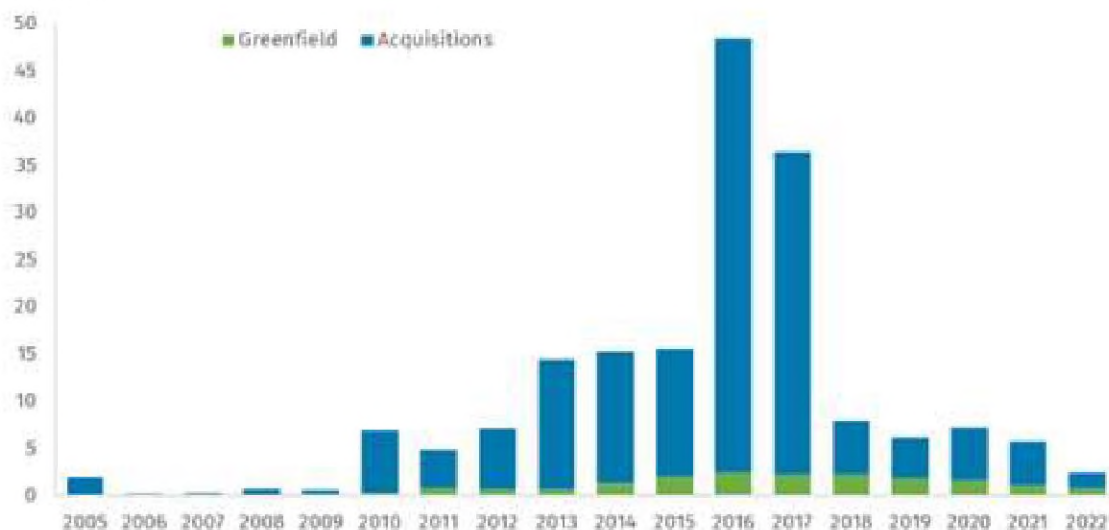
Dieses Jahr hat eine geplante Investition eines chinesischen Batterieherstellers für große Aufmerksamkeit gesorgt. Die Firma wollte eine 3,5 Milliarden US-Dollar teure Produktionsanlage in den USA bauen. Als bekannt wurde, dass sie Verbindungen zur chinesischen kommunistischen Partei pflegt und möglicherweise in Fälle von Zwangsarbeit in der autonomen Region Xinjiang verwickelt ist, zog der Bundesstaat Virginia im Dezember 2022 (vor der Verabschiedung der neuen Investitionsbeschränkungen) sein Angebot als möglicher Produktionsstandort zurück. Alternativ wurde dann Michigan als Standort gewählt. Dort wurden die Investitionen zunächst nicht verboten, kamen jedoch ins Visier des Sonderausschusses im US-Repräsentantenhaus in Washington zur strategischen Konkurrenz mit China. Nach monatelanger Ermittlung des Sonderausschusses wurden die Bauarbeiten für die neue Produktionsanlage vorübergehend gestoppt.

Die 2021 geplante Investition eines chinesischen Milliardärs in einen etwa 57.000 Hektar großen Windenergiepark in Texas schürte Bedenken zur inneren Sicherheit aufgrund der Nähe zu einem Stützpunkt der US-Air Force. Das Projekt wurde später an eine spanische Firma verkauft. Die Air Force bezeichnete den vorgeschlagenen Bau einer Getreidemühle durch eine chinesische Firma in der Nähe eines anderen Stützpunktes in North Dakota als eine mögliche Sicherheitsbedrohung.

Chinesische Direktinvestitionen in den USA belaufen sich auf rund 44 Milliarden Dollar. Die Summe von Neuinvestitionen aus China in die USA hat seit 2017 stark abgenommen. Die Beispiele aus Michigan, Texas und North Dakota zeigen, dass, zumindest politisch, derzeit chinesische Investitionen auch in manchen wirtschaftlich benachteiligten Regionen unerwünscht sind.

FIGURE 1
Value of Completed Chinese FDI Transactions in the US, 2000-2022*

USD billion



Source: Rhodium Group. Data represents the combined value of direct investment transactions by mainland Chinese companies in the US, including greenfield projects and acquisitions that result in significant ownership control (>10% of equity). *2021 and 2022 data is preliminary and includes estimates.

Quelle: <https://rhg.com/research/vanishing-act-the-shrinking-footprint-of-chinese-companies-in-the-us>

Beispiel Florida

In Florida ist seit dem 1. Juli dieses Jahres eines der kontroversesten Gesetze zu

Auslandsinvestitionen in der USA in Kraft getreten. Das Gesetz SB 264 legt neue Restriktionen in zwei Bereichen vor. Der erste Bereich betrifft die Regierungen, Staatsorgane, Parteien sowie Unternehmen und alle Staatsbürger Chinas, Irans, Kubas, Nordkoreas, Russlands, Syriens und Venezuelas. Diese dürfen in ganz Florida weder Agrarflächen noch Immobilien kaufen, die sich im Umkreis von 16 Kilometern einer Militärbasis befinden. Personen aus den betroffenen Staaten mit US-Aufenthaltstitel (Greencard) oder US-Staatsbürgerschaft sind von diesem Verbot ausgenommen. Der zweite Bereich betrifft nur China. Darin wird der chinesischen Regierung und den Staatsorganen, der kommunistischen Partei Chinas und deren Mitgliedern, in China ansässigen Unternehmen und allen in China ansässigen Personen, die nicht US-Staatsbürger oder Aufenthaltstitelträger sind, der Kauf jeglicher Immobilien in Florida untersagt. Ausnahmen gelten für Eigentümer, die ihre Grundstücke schon vor dem Datum des Inkrafttretens besaßen.

Das Gesetz SB 264 wird derzeit vor Gericht angefochten. Der Federal District Court für Floridas nördlichen Bezirk prüft das Gesetz im Fall Shen v. Simpson. Kläger gegen das Gesetz argumentieren, es sei verfassungswidrig nach der Gleichstellungsklausel und der Due Process Clause des 14. Verfassungszusatzes. Das sieht auch das US-Justizministeriums (DOJ) so. Das DOJ hat ein Unterstützungsschreiben für den Kläger im Prozess Shen v. Simpson eingereicht. Laut des DOJ gibt es keine überzeugende Sicherheitsbegründung, die solch ein flächendeckendes Verbot legitimiere. SB 264 diskriminiere gegen Bürger bestimmter Staaten ohne eine bewiesene Verbindung zwischen dem Staatsschutz und einem Besitzverbot auf Immobilien in Florida, so das DOJ.

Hingegen argumentieren die Attorneys General (Generalstaatsanwälte) vieler Bundesstaaten, dass SB 264 Restriktionen sich nicht auf die Herkunft, sondern die Ansässigkeit von Personen und Organisationen beziehen. Die weitreichenden Befugnisse im Bereich des Grundeigentumsrechts sollen laut der Generalstaatsanwälte weiterhin bei den Bundesstaaten bleiben. Das Gericht im Norden Floridas verweigerte im August die Durchsetzung einer einstwilligen Verfügung gegen das Gesetz. Derzeit (Dezember 2023) ist das Gerichtsverfahren noch im Gange.

Investitionseinschränkungen auf Bundesebene

Unabhängig von der neuen Welle von Investitionsbeschränkungen in den Bundesstaaten, gibt es schon seit Langem Investitionsüberprüfungsverfahren auf Bundesebene in den USA. Das Committee on Foreign Investment in the United States (CFIUS) ist ein interministerielles Gremium, das vermeintlich sicherheitsrelevante Investitionen in den USA überprüft. Das CFIUS zieht seine rechtlichen Kompetenzen aus dem Defense Production Act; ein Gesetz, das starkes wirtschaftspolitisches Eingreifen vom Staat in sicherheitsrelevanten Bereichen ermöglicht. Bauprojekte oder der Verkauf von Immobilien in der Nähe von Häfen, Flughäfen, Militärstützpunkten oder anderen sensiblen staatlichen Einrichtungen an ausländische Kunden können vom CFIUS überprüft werden.

Ausländische Investitionen in kritische Technologienbereiche in den USA fallen auch unter die Aufsicht des CFIUS. Bestehen nachgewiesene Sicherheitsbedenken nach einer CFIUS-Untersuchung, darf das Gremium oder der US-Präsident eine Transaktion blockieren oder verlangen, dass ein ausländisches Unternehmen seine Anteile in den USA veräußert. Weitere Informationen zu CFIUS-Prozessen finden Sie hier und hier.

Auch beim Kauf von Agrarflächen gelten nach dem Agricultural Foreign Investment Disclosure Act (AFIDA) Meldepflichten für Auslandsinvestoren in den USA. Das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) sammelt und veröffentlicht unter dem AFIDA Informationen über den ausländischen Besitz von US-Agrarflächen. Im Gegensatz zum CFIUS darf es jedoch keine Investitionen verhindern. Mehr zum AFIDA finden Sie hier.

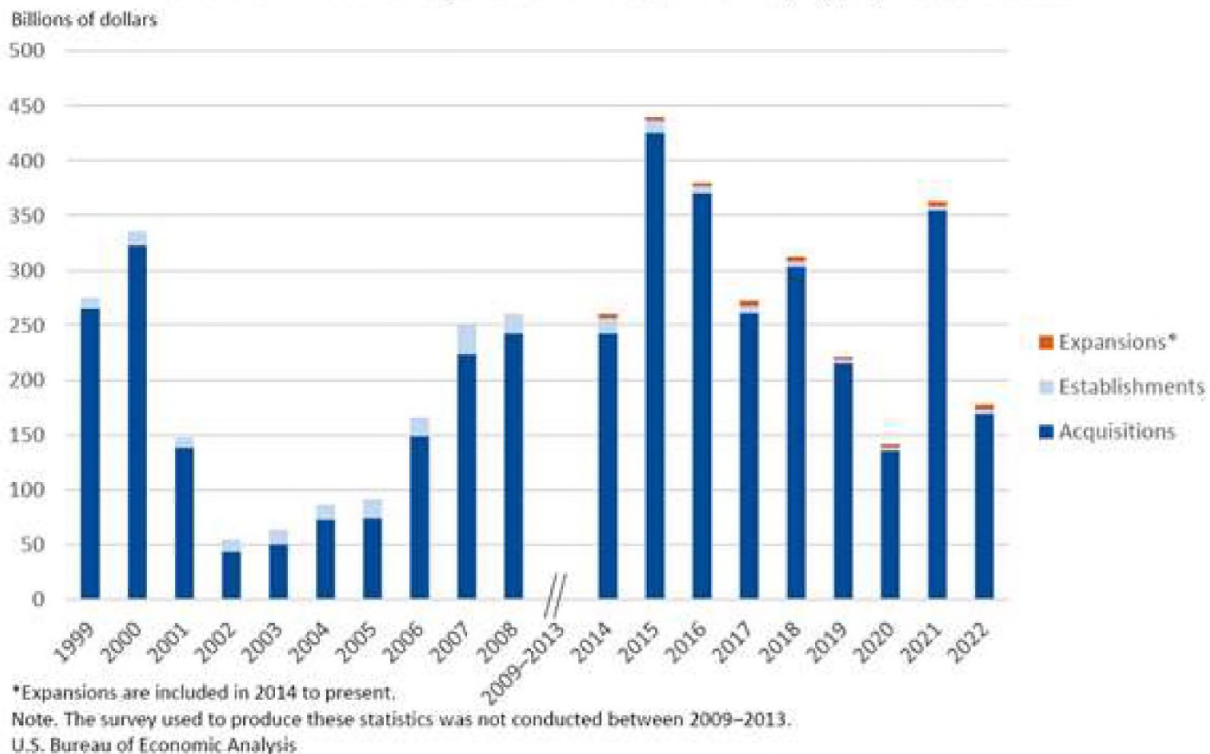
Investitionsüberprüfungen in den USA dürfen auf Bundesebene in gezielten Bereichen aus sicherheitsrelevanten Gründen vorgenommen werden. Wird eine Transaktion vom CFIUS blockiert, dürfen die geschädigten Parteien vor Gericht klagen. Ein weit bekanntes Beispiel in diesem Kontext ist der Prozess gegen TikToks Muttergesellschaft ByteDance. Die Trump Administration entschied 2020, dass ByteDances Kauf des TikTok-Vorgängers musical.ly im Jahr 2017 eine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellte und verlangte, dass ByteDance seine US-Aktien von TikTok veräußert. ByteDance klagte dagegen, dass die Entscheidung ohne Kompensation verfassungswidrig sei. Nach dem

Regierungswechsel nahm die Biden-Administration direkte Verhandlungen mit ByteDance auf, woraufhin beide Parteien das Gerichtsverfahren pausierten. Im Dezember 2023 sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Auswirkungen auf den Standort USA

Die neusten Daten des US-Wirtschaftsministeriums (DOC) zu Auslandsinvestitionen sind von 2022, also vor der neuen Welle von Investitionsbeschränkungen in den Bundesstaaten. Aber auch im vergangenen Jahr waren die neuen Auslandsinvestitionen in den USA fast so niedrig wie im Pandemiejahr 2020. Grund ist vermutlich unter anderem das schleppende Wirtschaftswachstum in wichtigen internationalen Investitionsquellen für die USA wie Europa.

Chart 1. New Foreign Direct Investment by Type, 1999–2022



Quelle: <https://www.bea.gov/news/2023/new-foreign-direct-investment-united-states-2022>

Die sicherheitsgetriebene Skepsis gegenüber Auslandsinvestitionen in den USA richtet sich vor allem gegen China und andere von den USA kritisch bewerteten Staaten wie Russland und Iran. Die verschärften Investitionskontrollen stellen keine direkte Einschränkung für deutsche und europäische Unternehmen dar. Deutsche Direktinvestitionen werden auf lokaler und regionaler Ebene nach wie vor freundlich begrüßt. Allerdings könnte der neue Fokus auf chinesische Investitionen Kapitalströme zwischen deutschen und europäischen Tochtergesellschaften komplizieren. Alle in China ansässige Unternehmen und Personen sind von einigen der neuen Einschränkungen (wie SB 264) betroffen. Somit könnten auch deutsche Staatsbürger und Firmen mit Verbindung zu China mit neuen Verboten bei Geschäften mit US-Partnern zukünftig konfrontiert sein.

Die USA bleiben nach wie vor ein großer, attraktiver und stabiler Markt. Die neue Industriepolitik der US-Bundesregierung bietet eine Menge Anreize für neue Projekte und Produktionsstätten im US-Markt. Gleichzeitig werden die Kontrollen auf eingehende und ausgehende Kapitalströme und Technologieexporte verschärft. Die USA entkoppeln sich nicht vom Weltmarkt, aber der von Jake Sullivan, US-Nationaler Sicherheitsberater, beschriebene „kleine Garten hinter dem hohen Zaun“ wird auch auf Ebene der Einzelstaaten nach und nach größer.



Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News

Handel | Digital | Energie

Dezember 2023



Im Fokus



US-Haushaltsverhandlungen dauern an

In der letzten Sitzungswoche von 2023 gibt es bislang keine Einigung zwischen den Kongresskammern zu den Staatsausgabenniveaus für das kommende Haushaltsjahr. Die republikanische Mehrheit im Repräsentantenhaus verlangt Haushaltskürzungen und Politikänderungen in vielen Bereichen. Das Weiße Haus und der von den Demokraten geführte Senat stellen sich dagegen. Einigen Bundesbehörden droht ein Haushaltsausfall ab dem 19. Januar, wenn bis dahin kein Haushaltsgesetz oder Übergangsbudget verabschiedet wird.

Neben den Haushaltsverhandlungen für 2024 gibt es zusätzliche Verhandlungen über ein 100 Milliarden Dollar schweres Hilfspaket für Israel und die Ukraine. Das Weiße Haus hält die Verabschiedung von Hilfsmittel für enge US-Partnerländer vor dem Jahresende für notwendig. Viele Republikaner in beiden Kongresskammern betrachten die

weitere Unterstützung der Ukraine kritisch. Als Bedingung für die Unterstützung eines solchen Hilfspaket fordern die Republikaner die Finanzierung neuer Grenzschutzmaßnahmen zur Eindämmung der Migration.

Die beiden Kongresskammern konnten sich allerdings auf einen Kompromisstext für den Verteidigungshaushalt einigen. Dabei wurden die vorgeschlagenen Meldepflichten für US-Unternehmen gestrichen, die in kritische Technologien aus China investieren. Neue Buy American Anforderungen für die Rüstungsbeschaffung richten sich nach den Bestimmungen der Exekutivanordnung von Präsident Bidens aus dem Jahr 2021. Ausnahmen gelten für Länder, die Abkommen mit den USA im Bereich Rüstungsbeschaffung unterhalten, wie zum Beispiel Deutschland. (jm)



Handel

President's Export Council

Während der Novembersitzung des *President's Export Council (PEC)* wurde der Unterausschuss für Exportverwaltung (*Subcommittee on Export Administration-PECSEA*) wieder

Empfehlungen für Exportmaßnahmen in den Bereichen Klima und Produktion ab. Um sicherzustellen, dass die Exportkontrollen den Schutz der nationalen Sicherheit maximieren und gleichzeitig US-Technologien voranbringen, soll der PECSEA Erkenntnisse aus der Industrie einholen. Der Unterausschuss wird voraussichtlich im kommenden Jahr seine Arbeit aufnehmen. In einem Schreiben an die Biden-Administration empfahl der PEC Maßnahmen



zur Förderung der US-Exporte von grüner Technologie, einschließlich WTO Engagement, Ausweitung der Programme der Export-Import-Bank und Umsetzung des *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)*. In einem weiteren Schreiben forderte der Rat die Regierung auf, nichttarifäre Hemmnisse wie Normen, Vorschriften und Zollabfertigungen zu beseitigen. Der PEC betonte auch die Notwendigkeit der Entwicklung von Arbeitskräften, der Nutzung bestehender Handelsabkommen und der Unterstützung widerstandsfähiger Lieferketten, einschließlich einer Einigung zum Abkommen über kritische Mineralien mit der EU. (sh)

Globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium

Eine parteiübergreifende Gruppe von Senatoren haben die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai aufgefordert, eine rasche Vereinbarung mit der EU zu treffen, um die Wiedereinführung von Zöllen auf amerikanische Spirituosen und Weine zu verhindern. Dabei soll eine „dauerhafte“ Lösung gefunden werden. Gleichzeitig laufen weiterhin Verhandlungen über eine globale Vereinbarung zu Stahl und Aluminium. Die derzeitige Aussetzung der US-Zölle nach Abschnitt 232 auf importierten Stahl und Aluminium läuft am 1. Januar 2023 aus. Dann würden die EU-Vergeltungszölle, einschließlich eines 50 prozentigen Zolls auf US-Whiskey, wieder in Kraft treten. Während der Geltungszeit der Zölle von 2018 bis 2021 hatte die US-amerikanische Whiskey-Industrie einen Verlust von 20 Prozent erlitten. Laut der Senatoren sollten die Zölle auf Spirituosen nicht in die Verhandlungen um Stahl und Aluminium miteinbezogen werden. Zivilgesellschaftliche Gruppen drängen Präsident Biden, ein Abkommen mit Europa zu schließen, das den Marktzugang an die Kohlenstoffintensität von Waren bindet. In dem Schreiben wird die Regierung außerdem nachdrücklich aufgefordert, ähnliche Verhandlungen mit anderen Partnern aufzunehmen. (sh)

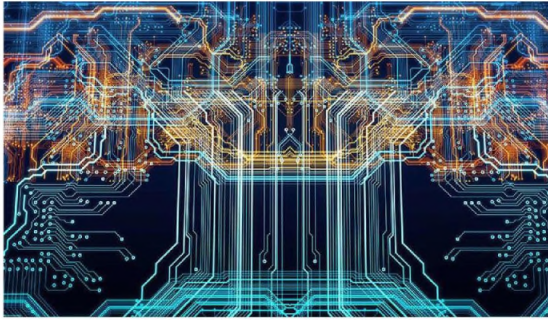
Handelsinstrumente & Klimawandel

Um zu verhindern, dass US-Hersteller von ausländischen Firmen unterboten werden, die mit kohlenstoffintensiven Methoden produzieren, setzen Gesetzgeber beider Parteien auf handelspolitische Instrumente. Im November brachten die Senatoren Bill Cassidy (R-LA) und Lindsey Graham (R-SC) einen Gesetzentwurf für eine Foreign Pollution Fee ein. Diese Gebühr würde auf Importe erhoben, deren Grad der Umweltverschmutzung mehr als 10 Prozent über dem in den USA hergestellter und vergleichbarer Waren liegt.

In diesem Monat brachten Senator Sheldon Whitehouse (D-RI) und Abgeordnete Suzan DelBene (D-WA), erneut einen Gesetzentwurf für einen Mechanismus zur Anpassung der CO₂-Grenzausgleichabgabe ein, der besonders energieintensive Industrien betrifft. Ziel des Clean Competition Act ist es, amerikanische Unternehmen auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger zu machen und die Hauptverursacher von Treibhausgasemissionen zu bekämpfen. Der Vorschlag spiegelt weitgehend Whitehouses Gesetzentwurf vom vergangenen Jahr wider. Er sieht die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus auf der Grundlage sektorspezifischer Emissionsbasiswerte vor, die im Laufe der Zeit sinken würden. Während der republikanische Vorschlag nur auf Importeure abzielt, müssten nach dem Vorschlag der Demokraten sowohl Importeure als auch einheimische Hersteller eine Gebühr zahlen, wenn ihre Emissionen diesen Basiswert überschreiten. (sh)



Digital



GAO-Bericht: Verbesserungsbedarf in der Vollziehung von KI-Richtlinien in US-Ministerien

Das Government Accountability Office (GAO) fordert zahlreiche US-Ministerien auf, ihre Nutzung von KI-Technologien sorgfältiger zu erfassen. Nach einer Exekutivanordnung von 2020 sollten der Gebrauch von KI und der damit verbundene Zweck dokumentiert werden. Von den 20

Ministerien und Behörden, die angaben KI-Tools zu nutzen, wiesen die Daten von 15 Lücken oder Fehler auf. Im Haushaltsjahr 2022 wurden etwa 1200 Fälle von KI-Nutzung gemeldet, die meisten davon bei der NASA und dem US-Wirtschaftsministerium. Das GAO empfiehlt den Ministerien eine vollständige Datensammlung und Berichterstattung der KI-Nutzung. Weitere 12 Ministerien werden ermahnt, die KI-Anforderungen zu befolgen, die beispielsweise die Entwicklung eines Implementierungsplans vorsehen. (jm)

Republikaner im Repräsentantenhaus fordern strengere Exportkontrollen für China

In einer gemeinsamen Pressemitteilung reagierten drei führende Republikaner auf die Forderung von US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo nach weiteren Finanzmitteln für US-Exportkontrollen auf chinesische Güter durch das Bureau of Industry and Security (BIS). Die Bereitstellung zusätzlicher Mittel soll an die Bedingung geknüpft werden, dass China neue Beschränkungen auferlegt werden, wie z. B. die Ausweitung der Entity Liste und der Ausschluss wichtiger chinesischer Halbleiterhersteller von US-Technologien. Der Auswärtige Ausschuss des Repräsentantenhauses (HFAC) veröffentlichte außerdem einen Bericht, in dem eine strengere Durchsetzung der US-Exportkontrollen gefordert wird. Demnach soll das gesamte Unternehmen auf die Entity Liste gesetzt werden, wenn eine seiner Tochtergesellschaften darin aufgeführt ist. Der HFAC fordert eine engere Zusammenarbeit zwischen dem BIS und den Sicherheitsbehörden. Der Bericht plädiert auch für plurilaterale Ausfuhrkontrollabkommen mit den Verbündeten der USA. (jm)

US-Wirtschaftsministerium schließt ersten CHIPS-Vorvertrag ab

Der erste Vorvertrag für Halbleitersubventionen des US-Wirtschaftsministerium betrifft die Tochtergesellschaft eines britischen Verteidigungsunternehmens, die Chips für das F-35 Kampfflugzeug herstellt. Subventionen in Höhe von 35 Millionen Dollar sollen den Umbau einer Produktionsstätte in New Hampshire finanzieren und die Produktionskapazität dort vervierfachen. Laut des US-Wirtschaftsministeriums soll die Partnerschaft mit dem Verteidigungsunternehmen als Leuchtturmprojekt dienen und die Sicherheitsaspekte in der Wertschöpfungskette von Halbleitern unterstreichen. (jm)



Energie

E-Fahrzeuge – Treasury und IRS definieren *Foreign Entities of Concern*

Das US-Finanzministerium und die US-Steuerbehörde IRS haben einen Regelvorschlag veröffentlicht, in dem die Anforderungen des *Inflation Reduction Act (IRA)* für juristische Personen, die von der Steuergutschrift 30D für Elektrofahrzeuge ausgeschlossen sind, dargelegt werden. Dieser Regelvorschlag würde gemeinsam mit einem Vorschlag des US-Energieministeriums (DOE) *Foreign Entities of Concern (FEOC)* definieren, die im



Resistenz unter der Kontrolle von oder unter der Gerichtsbarkeit „bedenklicher Länder“ stehen. Dazu zählen China, Russland, Iran und Nordkorea. E-Fahrzeuge würden disqualifiziert, sobald „lose“ Verbindungen zu einem dieser Länder bestehen, zum Beispiel, wenn dort produziert wird oder 25% der Aufsichtsratssitze unter der Kontrolle eines der genannten Länder stehen. In einigen Fällen können sogar Lizenzvereinbarungen als Ausschlusskriterium ausreichen, wenn das US-Finanzministerium der Ansicht ist, dass eine FEOC die „tatsächliche Kontrolle“ über die Fertigung hat oder hinter den Verträgen Joint Ventures getarnt werden sollen.

Für Batterierohstoffe sieht der Regelvorschlag eine Einführungsregelung für schwer rückverfolgbare Batteriepulver sowie einen de minimis-Schwellenwert für geringwertige Batteriepulver vor. Fahrzeuge mit Batteriekomponenten von FEOC sollen ab Januar 2024 von der Steuergutschrift ausgeschlossen werden, Rohstoffe ab 2025. Der Regelvorschlag sieht auch die Einrichtung eines Vorabprüfungssystems im Jahr 2025 und einer vom DOE geprüften Datenbank konformer Batterien vor. Hier sollen Unternehmen ihre Lieferkettendaten einreichen. Nach der Veröffentlichung versprach Senator Joe Manchin (D-WV), Organisationen zu unterstützen, die rechtliche Schritte gegen den Regelvorschlag einleiten. Manchin argumentiert, dass die vorgeschlagene Regelung nicht weit genug geht und dass Elektrofahrzeuge, deren Batterien kritische Rohstoffe aus China enthalten, nach der vom Kongress verabschiedeten Textfassung des IRA keinerlei Anspruch auf die Steuergutschrift haben dürften. Stellungnahmen zum Vorschlag sind am 03. und 18. Januar fällig. (pm)

CO2-Markt-Programm soll Entwicklungsländer bei Energiewende unterstützen

Der US-Klimabeauftragte John Kerry stellte auf der COP28 ein neues Programm vor, das Unternehmen für Beitragszahlungen Zugang zu Emissionsgutschriften verschafft. Der sogenannte *Energy Transition Accelerator (ETA)* wird vom Bezos Earth Fund und der Rockefeller Foundation unterstützt. Er soll Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen die Finanzierung von Energiewendeprojekten ermöglichen. Hochrechnungen zufolge, könnte der ETA bis 2035 zwischen 72 und 207 Milliarden US-Dollar mobilisieren. Kerry betonte die strengen Richtlinien und hohe Integrität der Emissionsgutschriften, obwohl noch unklar ist, wie Gutschriften berechnet und vergeben werden sollen. Die Gutschriften sollen nicht projektgebunden sein, sondern auf den Dekarbonisierungsplänen von Regierungen beruhen. Diese Pläne müssen bestimmte Kriterien erfüllen, wie zum Beispiel festgelegte Klimaziele oder konkrete Pläne zur Stilllegung fossiler Kraftwerke. Der endgültige Standard soll von der Nonprofit-Organisation Winrock International im Jahr 2024 entwickelt werden. Ab April kommenden Jahres können interessierte Länder Vorschläge im Rahmen des ETA einreichen. Chile, die Dominikanische Republik und Nigeria haben bereits ihre Teilnahme angekündigt, ebenso zehn große amerikanische Unternehmen. (pm)

Repräsentantenhaus verabschiedet Gesetz zum Verbot russischer Uranimporte

Das republikanisch-geführte Repräsentantenhaus hat einen Gesetzesvorschlag zum Verbot von russischen Uranimporten mit breiter überparteilicher Mehrheit angenommen. Der von Cathy McMorris Rodgers (R-WA), Vorsitzende des Energie- und Wirtschaftsausschusses, eingereichte Vorschlag verböte Importe von niedrigangereichertem Uran aus Russland. Sollte der Bezug aus anderen Ländern nicht möglich sein, stünde es dem US-Energieministerium bis 2028 frei, befristet Ausnahmen zu gewähren. Bevor der Vorschlag Gesetz wird, muss noch der Senat zustimmen und Biden das Gesetz unterzeichnen. Ein ähnlicher Vorschlag im März dieses Jahres fand im Senat ebenfalls überparteiliche Unterstützung. Die Biden-Administration sprach sich im Oktober ebenfalls für ein Importverbot aus. US-Energieministerin Jennifer Granholm warnte im Mai bei einer Anhörung im Repräsentantenhaus allerdings, die nationale Versorgungssicherheit sei noch nicht gewährleistet. Die USA bezog 2022 12 Prozent ihrer Kernbrennstoffe aus Russland. Im Repräsentantenhaus zirkulieren auch Gesetzesvorschläge zur Subventionierung von Urananreicherung in den USA, um Energieautarkie bei Kernbrennstoffen zu erreichen. (pm)



ICYMI



Received by NSD/FARA Registration Unit
Die Abgeordneten Glenn "GT" Thompson (R-PA) und Bill Keating (D-MA), Co-Vorsitzende des überparteilichen *German American Caucus*, haben beim US-Kongress eine Resolution eingereicht, die die deutsch-amerikanische Freundschaft und die Zusammenarbeit beider Länder bekräftigt. Der *Representative of German Industry and Trade (RGIT)* unterstützt die Initiative und gab folgende Mitteilung bekannt:

„Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist die wichtigste wirtschaftliche Beziehung und Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht. Der Representative of German Industry and Trade (RGIT) unterstützt die Resolution des Abgeordneten Thompson und des Abgeordneten Keating, die deutsch-amerikanische Freundschaft zu bekräftigen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern weiterhin zu unterstützen.“ (sh)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News

Handel | Digital | Energie

Januar 2024



Im Fokus



Haushaltsverhandlungen im Kongress gehen voran

Die Fraktionsleiter der Republikaner und Demokraten aus beiden Kammern des US-Kongresses sind in der Debatte um den Haushalt 2024 zu einer vorläufigen Einigung gekommen. Um einen erneuten Regierungsstillstand zu verhindern, wurde am Donnerstagabend eine Überbrückungsfinanzierung mit parteiübergreifender Unterstützung verabschiedet. Die Vereinbarung entspricht

weitgehend den finanziellen Leitlinien der Vereinbarung zur Erhebung des Schuldenlimits vom vergangenen Mai. Die Verteidigungsausgaben sollen um etwa drei Prozent wachsen, Ausgaben für andere Programme sollen um etwas weniger als ein Prozent gesenkt werden. Die Überbrückungsfinanzierung läuft im März in zwei Phasen aus, am 1. und 8. März. Sollte bis dahin kein neues Haushaltspaket finalisiert sein, würde die Finanzierung von Bundesbehörden in vier Bereichen mit der ersten Phase, alle anderen mit der zweiten Phase auslaufen.

Konservative Republikaner äußerten sich empört über die Vereinbarung. Wegen ähnlicher Widersprüche wurde der ehemalige Sprecher des Repräsentantenhauses, Kevin McCarthy (R-CA), Ende letzten Jahre abgewählt. Trotz der Unzufriedenheit aus dem rechten Flügel gibt es scheinbar keine Pläne für ein Misstrauensvotum gegen den jetzigen Sprecher Mike Johnson (R-LA). Zu einem neuen Hilfspaket für die Ukraine und Israel ist noch keine Entscheidung gefallen, obwohl eine kleine Gruppe von Senatoren seit Monaten darüber verhandelt. Ein Treffen zwischen US-Präsident Biden und den Fraktionsführern aus dem Kongress führte zu keinem Ergebnis. (jm)



Handel

Globale Vereinbarung über nachhaltigen Stahl und Aluminium

Am 28. Dezember 2023 hat US-Präsident Biden die Zollkontingente auf Stahl und Aluminium um weitere

zwei Jahre verlängert. Derweil werden die Verhandlungen zwischen den USA und der Europäischen Union über eine globale Vereinbarung für nachhaltigen Stahl und Aluminium fortgesetzt. Vor zwei Jahren hatte die Biden-Administration die von Präsident Trump eingeführten Zölle von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium für europäische Einfuhren durch ein Zollkontingentsystem (TRQ) ersetzt. Während der zweijährigen Zollpause hatten beide Seiten gehofft, eine endgültige Lösung für den Abbau der weltweiten Überkapazitäten und die Verringerung der Produktion mit hohem Kohlendioxidausstoß auszuhandeln. Die EU und die USA konnten bis zum Ende der Frist am 31. Oktober keine Einigung erzielen. Die EU sorgte sich um die WTO-Kompatibilität des US-Vorschlags, und die USA waren nicht bereit, das Zollkontingentsystem aufzuheben oder zu ändern.



US- Präsident Biden gab nun bekannt, dass die Zollkontingente für 2024 und 2025 unverändert bleiben sollen. Außerdem sollen die von den USA zuvor gewährten Zollbefreiungen für Stahlerzeugnisse, die nicht im Inland hergestellt werden, bestehen bleiben. Zwar haben sich beide Seiten darauf geeinigt, die Aussetzung der Zölle fortzusetzen, doch sind die Verlängerungen nun nicht mehr deckungsgleich. Die USA haben die Aussetzung um zwei Jahre ab dem 1. Januar 2024 verlängert. Die Aussetzung der Vergeltungszölle durch die EU (angekündigt am 19. Dezember 2023) gilt nur bis zum 31. März 2025. (sh)

Section 301 Zölle

Das Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) hat die Ausnahmeregelungen für Abschnitt-301-Zölle gegen China bis zum 31. Mai dieses Jahres verlängert. Die Ausnahmeregelungen waren zuletzt im Oktober verlängert worden und sollten am 31. Dezember 2023 auslaufen. Die zusätzliche Zeit soll das „geordnete Auslaufen der Ausnahmeregelungen“ und die Verlagerung von Beschaffungen in Drittländer ermöglichen, so USTR. Öffentliche Stellungnahmen zu den verlängerten Ausnahmen werden vom 22. Januar 2024 bis zum 21. Februar 2024 über das Online-Portal <http://comments.USTR.gov> entgegengenommen. (sh)

Zölle auf Zinnwalzprodukte

Das US-Wirtschaftsministerium (DOC) kündigte Anfang des Jahres die endgültigen Zölle auf Zinnwalzprodukte für China, Deutschland, Kanada und Südkorea an. Die Behörde setzte einen endgültigen Antidumpingzoll von 122,52 Prozent auf Einfuhren von verzinneten Stahlimporten aus China und einen zusätzlichen Ausgleichszoll von 331,88 Prozent auf die meisten chinesischen Hersteller dieser Güter fest. Der endgültige Antidumpingzollsatz für Deutschland beträgt 6,88 Prozent und liegt damit etwas niedriger als der im August angekündigte Satz von (7,02 %). Der endgültige Zollsatz für Kanada ist ebenfalls etwas niedriger als die ursprüngliche Festlegung (5,27 % statt 5,29 %).

Das US-Wirtschaftsministerium stellte fest, dass die Einfuhren von Zinnwalzprodukten aus den Niederlanden, Taiwan, der Türkei und dem Vereinigten Königreich nicht auf Dumpingniveau liegen. Die *US-International Trade Commission* (ITC) wird letztendlich entscheiden, ob in diesem Fall Zölle eingeführt werden. Die ITC hielt am 4. Januar eine Anhörung zu Zinnwalzprodukten ab, und das Gremium wird voraussichtlich am 6. Februar abstimmen. (sh)



Digital

Deirdre Hanford neue CEO von Natcast



Center for the Advancement of Semiconductor Technology (Natcast) ernannt. Die Nonprofit-Organisation Natcast fungiert als Verbindungsplattform zwischen der US-Regierung und dem Privatsektor bei der Unterstützung von FuE-Aktivitäten in den USA. Deirdre Hanford ist seit über 36 Jahren in der Halbleiterbranche tätig und übernimmt ab dem 1. Februar die Führung der Organisation. Natcast soll das zuständige Büro für CHIPS Initiativen beraten und im sogenannten *National*

Semiconductor Technology Center (NSTC) als neutraler Vermittler zwischen Unternehmen, Universitäten und internationalen Partnern dienen. (jm)

FCC Cyber Trust Mark erhält parteiübergreifende Unterstützung im Kongress

Das freiwillige Kennzeichnungsprogramm der *Federal Communications Commission* (FCC) für Geräte des Internets der Dinge (IoT) wurde bei einer Anhörung im US-Repräsentantenhaus von beiden Parteien und von Industrievertretern unterstützt. Republikaner und Industrievertreter betonten die Notwendigkeit, dass das Programm freiwillig bleibt und lobten die Bemühungen der FCC zum Schutz vor Cyberangriffen. Demokraten lobten, dass Verbraucher durch die Kennzeichnung sehen, welche Produkte bestimmte Cybersicherheitsstandards erfüllten. Die USA und die EU versprachen während des Cyberdialogs zwischen der EU und den USA im vergangenen Monat, an der gegenseitigen Anerkennung ihrer Kennzeichnungsprogramme für Cybersicherheit zu arbeiten. Die Biden-Regierung berichtet nun, dass sie einen gemeinsamen Aktionsplan mit der EU für die gegenseitige Anerkennung fertiggestellt hat. (jm)

Fünftes TTC-Treffen findet am 30. Januar statt

US-Handelsbeauftragte Katherine Tai kündigte an, dass sie am 30. Januar für das fünfte Treffen des EU-US Handel- und Technologierats (TTC) die Exekutiv-Vizepräsidenten der EU-Kommission, Valdis Dombrovskis und Margrethe Vestager, in Washington empfangen wird. Diesem Treffen soll ein weiteres vor den Europawahlen im Juni folgen. Bis dahin wollen beide Seiten die neuesten Ergebnisse aus den 10 TTC-Arbeitskreisen veröffentlichen. (jm)



Energie

Steuergutschrift zu Wasserstoffproduktion: US-Vorschlag strenger als in EU

Der *Inflation Reduction Act* (IRA) von 2022 beinhaltet eine zehnjährige Steuergutschrift (45V) für sauberen Wasserstoff von bis zu 3 US-Dollar pro Kilogramm, basierend auf seiner Kohlenstoffintensität. Der Verwaltung kam eine große Rolle in der Interpretation dieser Steuergutschrift zu. Ein erster Vorschlag aus dem US-Finanzministerium und dem US-Energieministerium orientiert sich stark an den Säulen zur grünen Wasserstoffproduktion aus dem delegierten Rechtsakt der EU, geht aber in Teilen über diesen hinaus.



Additionalität/Inkrementalität

Sauberer Wasserstoff müsste aus „neuer sauberer Energie“ hergestellt werden. Das Finanzministerium hat vorgeschlagen solche als Strom aus erneuerbaren Energieanlagen zu definieren die innerhalb der letzten drei Jahre vor Inbetriebnahme der jeweiligen Wasserstoffanlage ans Netz gingen. Eine Ausnahme von diesen Regeln für vor 2028 fertiggestellte erneuerbare Anlagen, wie in der EU, gäbe es nicht.

Received by NSD/FARA Registration Unit 01/30/2024 11:57:10 AM
Zu Beginn können die Hersteller sogenannte Energieattribut-Zertifikate (EAC) erwerben und jährlich zwischen Stromerzeugung und Wasserstoffproduktion bilanzieren. Ab 2028 müsste die Wasserstoffproduktion in derselben Stunde stattfinden, wie die Stromerzeugung. Das Finanzministerium bittet um weitere Kommentare zum Übergangszeitplan. Im Vergleich zur EU fällt auf, dass zunächst jährlich statt monatlich bilanziert wird, während der Umstieg auf stündlichen Ausgleich zwei Jahre früher käme.

Regionalität

Der Strom muss aus der Region bezogen werden, in der sich der Standort der Wasserstoffproduktionsanlage befindet. Die Grundlage für die Regionen ist die National Transmission Needs Study 2023 des US-Energieministeriums. In den ersten Leitlinien wird um Kommentare zur Handhabung von Übertragungsnetzen gebeten. Bisher noch unklar bleiben die Regeln für Atomstrom und Kohlenstoffabscheidung (sogenannter „blauer“ Wasserstoff).

Wirtschaftsverbände kritisieren den Richtlinienvorschlag stark und werfen der Biden-Administration vor, den US-Wasserstoffhochlauf im Keim zu ersticken. Umweltschutzverbände loben die strenge Auslegung als Sicherheitsnetz gegen steigende Emissionen. Die demokratische Partei ist in Bezug auf die Auslegung gespalten. Zum Regelvorschlag können bis zum 26. Februar Stellungnahmen eingereicht werden. (pm)

Umstrittene Strafzahlung für Methanlecks vorgeschlagen

Teil des *Inflation Reduction Act* (IRA) war eine neue Strafzahlung für Methanlecks der Öl- und Gasindustrie, die durch die US-Umweltschutzbehörde EPA erarbeitet werden sollte. Der erste Vorschlag sieht vor, dass eine sogenannte „Waste Emissions Charge“ von 900 US-Dollar für jede Tonne Methan anfällt, die über den Emissionsgrenzwerten liegt. 2025 würde sich die Strafzahlung auf 1.200 US-Dollar erhöhen, 2026 auf 1.500 US-Dollar. Öl- und Gasförderanlagen unter 25.000 Tonnen CO₂-Emissionen wären von den Strafzahlungen ausgenommen.

Die EPA schätzt, dass durch die Strafzahlung bis zu 960.000 Tonnen Methan vermieden werden könnten, das Äquivalent von 26,9 Millionen Tonnen CO₂. Die Strafe gilt als Durchsetzungsmittel, um die Einhaltung der jüngst finalisierten verschärften Emissionsgrenzen zu gewährleisten. Die EPA erwartet Gesamteinnahmen in Höhe von ca. 2,3 Milliarden US-Dollar im Zeitraum 2026 bis 2031. Das politisch neutrale Haushaltsbüro des US-Kongresses schätzt diese Einnahmen hingegen auf 6,35 Milliarden US-Dollar. Die Öl- und Gasindustrie wirft der Regierung vor, eine solche Strafzahlung gefährde die Versorgungssicherheit US-amerikanischer Energie und rät den Republikanern im US-Kongress, die Regel per Gesetz abzuschaffen. (pm)

ICYMI



In Kooperation mit der Universität Georgetown und Responsible Alpha veranstaltete RGIT vergangenen Mittwoch ein Forum zum Thema Wasserstoff und die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Unter anderem wurden die Vorteile einer Zusammenarbeit zwischen US-amerikanischen und deutschen Unternehmen sowie der Politik und die Rolle von Wasserstoff in der Energiewende und Dekarbonisierung der Industrie beleuchtet.

Zu Wort kamen neben Dr. Christoph Schemioneck, CEO und Präsident des RGIT, auch Vertreter von Think Tanks sowie aus Politik und Wirtschaft beider Länder. Die Veranstaltung wurde unterstützt von der deutsch-amerikanischen Klima- und Energiepartnerschaft. (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News

Handel | Digital | Energie

November 2023



Im Fokus



USA veranstalten APEC-Gipfel

In San Francisco kamen diese Woche Vertreter der 21 Mitgliedstaaten der Wirtschaftsgemeinschaft Asien-Pazifik (APEC) zusammen. US-Regierungsvertreter äußerten sich optimistisch über die wirtschaftliche Dynamik und Innovation in der Asien-Pazifik-Region. Die Wirtschaftsgemeinschaft Asien-Pazifik (APEC) rechnet in diesem Jahr mit einem BIP-Wachstum von 3,3 Prozent, nach einer Wachstumsrate im Vorjahr von 2,2 Prozent.

US-Finanzministerin Janet Yellen bezeichnete die Region als das Zentrum der Weltwirtschaft und unterstrich den Stellenwert von Investitionen in Nachhaltigkeit, Infrastruktur und die Entwicklung von Arbeitskräften.

Die Schlagzeilen wurden vom bilateralen Treffen zwischen den Präsidenten Biden und Xi bestimmt, die erstmals seit einem Jahr persönlich miteinander sprachen. Nach einer längeren Pause haben die USA und China in den vergangenen Monaten ihr diplomatisches Verhältnis durch einen Austausch auf höchster Ebene verstärkt. Gleichzeitig verschärfen die USA Exportkontrollen für Halbleiter und üben Druck auf Peking aus bezüglich der Ausfuhr von chemischen Grundstoffen für Opioide und den Zugang zum Seeverkehr im Westpazifik. Dabei übt der US-Kongress Druck auf Präsident Biden aus. Zugeständnisse von China, wie etwa der Freilassung politischer Dissidenten, zu erhalten. Nach dem Treffen mit Xi kündigte das Weiße Haus an, dass die Militärs beider Länder wieder miteinander kommunizieren würden. Wachsende Zusammenarbeit soll es auch bei der Drogenbekämpfung und KI-Regulierung geben. Allerdings gab es kein Zeichen der Entspannung bei der wirtschaftspolitischen Konkurrenz. Die bestehenden Strafzölle und Investitionseinschränkungen werden fortgesetzt.

Beim Thema Klimaschutz haben sich China und die USA auf eine gemeinsame Erklärung zur Reduktion von Emissionen aus der Energiewirtschaft verständigt. China hat sich dabei zum ersten Mal zu einer Reduktion von Treibhausgasen jenseits von Kohlenstoffdioxid, wie Methan und Distickstoffmonoxid, bekannt. Beide Seiten wollen Dialoge zur Energiepolitik, Strategien und Klimafragen wieder eröffnen. Die Erklärung, veröffentlicht von John Kerry, Sonderbeauftragter des Präsidenten für Klimafragen, und seinem chinesischen Amtskollegen, Xie Zhenhua, kommt kurz vor den anstehenden Klima-Verhandlungen COP 28 in Dubai. Die gemeinsame Erklärung der USA und China gilt als Hoffnung, dass Kooperation beim Thema Klimaschutz auch in Zeiten gesteigerter geopolitischer und -ökonomischer Spannungen möglich ist. (pm, jm)



Handel

IPEF Verhandlungsrunde und Ministertreffen in San Francisco

Die Verhandlungsführer des *Indo-Pacific Economic Framework* (IPEF) trafen sich vom 5.-12. November in San Francisco zur siebten Verhandlungsrunde in Präsenz, gefolgt von einem Ministertreffen am 13. und 14. November. Die US-Regierung hatte sich zum Ziel gesetzt, auf dem darauffolgenden APEC-Gipfel ein abgeschlossenes IPEF-Abkommen



vorzulegen. Die 14 Partnerländer gaben bekannt, dass die IPEF-Minister das Lieferkettenabkommen (Säule II) unterzeichnet und die Verhandlungen über die Abkommen über saubere Wirtschaft (Säule III), faire Wirtschaft (Säule IV) und den Indo-Pazifischen Wirtschaftsrahmen für Wohlstand weitgehend abgeschlossen haben. Die Gespräche über die Handelssäule (Säule I) konnten nicht abgeschlossen werden. Führende Demokraten drängen die Biden-Administration, die IPEF-Handels- und Digitalkomponenten zu streichen. Der Vorsitzende des Bankenausschusses des Senats, Sherrod Brown (D-OH), und der Vorsitzende des Finanzausschusses, Ron Wyden (D-OR), bemängelten die fehlende Betonung von durchsetzbaren Arbeitsstandards, Korruptionsbekämpfung und Nachhaltigkeit. Senator Brown kündigte an, das gesamte Abkommen abzulehnen, sollte die Passage über Handel nicht gestrichen werden. Die Regierung hat nicht die Absicht, das Rahmenwerk dem Kongress zur Genehmigung vorzulegen, aber der Widerstand der Ausschussvorsitzenden könnte zu zusätzlichem Druck und Maßnahmen des Kongresses führen, um die Kontrolle über das Abkommen durchzusetzen. (sh)

USA verlassen WTO-Gespräche über digitalen Handel

Das Büro der Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten (USTR) widerrief seine Unterstützung für zentrale Vorschläge in den Gesprächen der Welthandelsorganisation (WTO) über den elektronischen Handel. Die Behörde erklärte, die Vereinigten Staaten müssten ihre Ansätze in Bezug auf Daten und Quellcodes überprüfen und genügend politischen „Spielraum“ für innenpolitische Debatten und Überlegungen schaffen. Der Schritt stößt im Kongress bei beiden Parteien und in der Privatwirtschaft auf Widerstand. Der Vorsitzende des Finanzausschusses im Senat, Ron Wyden (D-OR), warf dem US-Handelsministerium vor, demokratische Verbündete im Stich zu lassen, und bezeichnete dies als „Sieg für China“, da China sich weiterhin aktiv an den Verhandlungen beteilige. In einem Schreiben an die Regierung forderte eine Koalition aus über 40 Wirtschaftsverbänden, die Entscheidung rückgängig zu machen, damit die USA wieder eine weltweit führende Rolle bei der Verfolgung von Regeln mit hohem Standard für den digitalen Handel einnehmen könnten. Eine Gruppe progressiver Gesetzgeber lobte den Schritt und fordert, dass Bestimmungen zum digitalen Handel im IPEF auch überarbeitet werden, um es den Regulierungsbehörden und dem Kongress zu ermöglichen, gegen den Missbrauch von Big Tech vorzugehen. (sh)

African Growth and Opportunity Act (AGOA)

Präsident Biden kündigte an, dass die Zentralafrikanische Republik, die Gabunische Republik, Niger und die Republik Uganda ab dem 1. Januar 2024 keine AGOA-Vorteile erhalten werden. Der *African Growth and Opportunity Act* (AGOA) gewährt zusätzlichen 1.800 Produkten aus den afrikanischen Ländern südlich der Sahara zollfreien Zugang zu den USA (zusätzlich zu den Produkten, die unter dem *Generalized System of Preferences* (GSP) oder den Nullzollsatz im Rahmen der normalen Handelsbeziehungen fallen).

Die Länder sind nicht auf die Bedenken der USA hinsichtlich der Erfüllung der Anforderungen des Programms eingegangen, darunter die Einhaltung von Menschenrechtsverletzungen, Arbeitnehmerrechten, Rechtsstaatlichkeit und politischem Pluralismus. Das AGOA-Programm läuft im Jahr 2025 aus, wenn es nicht vom Kongress neu genehmigt wird. Eine parteiübergreifende Gruppe von Gesetzgebern und die

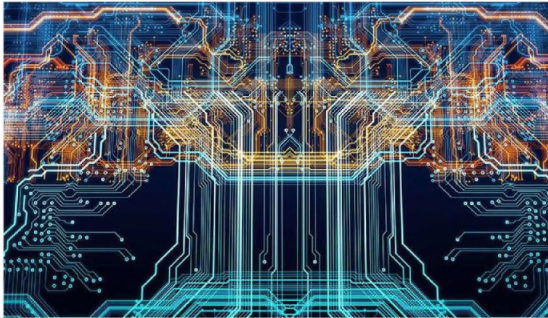
Regierung unterstützen eine Erneuerung des Programms, betonen aber zugleich die Notwendigkeit einer Modernisierung und verstärkten Nutzung. Die Mitgliedsländer wünschen sich eine unverbindliche Erneuerung des Programms vor Ende dieses Jahres. Das jährliche AGOA-Forum fand dieses Jahr vom 2. bis 4. November in Johannesburg, Südafrika, statt. (sh)

APEP-Auftaktgipfel

Am 3. November empfing Präsident Biden die Staatsoberhäupter der *Americas Partnership for Economic Prosperity* (APEP) zum ersten großen Partnerschaftstreffen seit dem Start des Programms im Januar. Vertreter aus Barbados, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, der Dominikanischen Republik, Ecuador, Mexiko, Panama, Peru und Uruguay trafen sich, um über wirtschaftliche Integration und Migration zu diskutieren und Pläne für drei verschiedene Bereiche anzukündigen: Außenpolitik, Finanzen und Handel. Die „Handelsschiene“ zielt auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen in der westlichen Hemisphäre durch regionale Integration, die Entwicklung eines nachhaltigen Handels und den Aufbau widerstandsfähiger Lieferketten ab. Präsident Biden kündigte auch den Start einer neuen Investitionsplattform zur Unterstützung nachhaltiger Infrastrukturen und ein neues Beschleunigungsprogramm an, das Geschäftsleute in Nord-, Mittel- und Südamerika unterstützen soll. (sh)



Digital



Biden erlässt Exekutivanordnung zur KI

Eine neue Exekutivanordnung von Präsident Biden zur KI (EOAI) fordert neue Standards und bewährte Verfahren für die Entwicklung und den Einsatz von künstlicher Intelligenz und legt neue Anforderungen an den Informationsaustausch für Entwickler von Basismodellen fest. Das *National Institute of Standards and Technology* (NIST) arbeitet an der Entwicklung von Standards für KI-

Sicherheitstests. Die US-Ministerien für Heimatschutz und Energie sollen diese Standards auf relevante kritische Infrastruktursektoren anwenden und einen neuen Ausschuss für KI-Sicherheit einrichten. Das NIST soll ein neues Institut für KI-Sicherheit beherbergen, das weitere Richtlinien erarbeitet. Die EOAI verpflichtet Entwickler großer Grundmodelle, die US-Regierung über das Training der KI-Modelle und die Ergebnisse ihrer Sicherheitstests zu informieren. Die EOAI weist auch die US-Bundesbehörden an, bewährte Verfahren zum Schutz der Persönlichkeit und zur Bekämpfung der algorithmischen Diskriminierung zu entwickeln. (jm)

USA unterzeichnen internationale KI-Verpflichtungen

Die USA haben den Erklärungen zum Einsatz und zur Entwicklung von KI im Rahmen des Hiroshima-Prozesses der G7 und des KI-Sicherheitsgipfels im Vereinigten Königreich zugestimmt. Die G7 billigte eine 11 Punkte umfassende Reihe von Leitprinzipien und einen Verhaltenskodex für die KI-Entwicklung. Beide Dokumente fordern die KI-Entwickler im öffentlichen und privaten Sektor auf, einen risikobasierten Ansatz für KI zu verwenden. Der britische KI-Sicherheitsgipfel befürwortete ebenfalls einen risikobasierten Ansatz für die KI-Entwicklung und rief zu einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf. Im Anschluss an den Gipfel unterzeichneten mehrere wichtige Akteure die Bletchley-Erklärung, darunter die USA, China, Indien, die Europäische Union, Japan, Südkorea, die Ukraine, Israel und Saudi-Arabien. (jm)

USA und Indonesien begründen umfassende strategische Partnerschaft

Im Mittelpunkt einer neuen Partnerschaft zwischen den USA und Indonesien steht die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie und Energie. Die USA werden Delegationen der Halbleiterindustrie nach Indonesien entsenden und Projekte zur digitalen Vernetzung in ländlichen Gebieten Indonesiens unterstützen. Die beiden Länder unterzeichneten außerdem eine Absichtserklärung über die nachhaltige Förderung wichtiger Mineralien. Die *US International Finance Development Corporation* wird außerdem 131 Mio. US-Dollar an Finanzmitteln für kleine



Energie

USGCRP-Bericht beziffert Kosten des Klimawandels in den USA

Das U.S. Global Change Research Program (USGCRP) hat den fünften Nationalen Bericht zur Klimaeinschätzung veröffentlicht. Der Bericht zeigt die größten Klimarisiken der USA auf. Demnach kosten die Folgen des Klimawandels für die US-Wirtschaft, die Gesundheit der Bevölkerung und die US-Infrastruktur 1 Milliarde US-Dollar alle drei Wochen. Noch 1980 wären dieselben Kosten bloß alle vier Monate entstanden. Besonders betroffen seien Senioren, Kinder und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Präsident Bidens Ziel einer klimaneutralen Wirtschaft im Jahre 2050 wird die USA laut Bericht verfehlen, wenn die USA ihre Emissionen nicht um sechs Prozent pro Jahr verringern. Der Bericht wird alle vier Jahre von 13 US-Bundesbehörden veröffentlicht, die am sogenannten USGCRP beteiligt sind. (pm)



Mehr Raum für Klima bei Folgenabschätzung von US-Regulierungen

Das Weiße Haus hat die Richtlinien für Regulierungsfolgenabschätzungen durch die US-Bundesbehörden aktualisiert. Es ist die erste Überarbeitung seit 20 Jahren. Unter anderem muss nun bei Kosten-Nutzen-Analysen von Regularien und Verordnungen der Mehrwert für Klima und Umwelt zunehmend berücksichtigt werden. Die Reformen sind das Ergebnis eines Tag-1-Memorandums von Biden und einer Exekutivanordnung vom April, mit der das *Office of Information and Regulatory Affairs* (OIRA) und das Office of Management and Budget (OMB) angewiesen wurden, eine überarbeitete Version des „Circular A-4“ zu erstellen. Das OMB erklärt, die Überarbeitung sei notwendig gewesen, um die Qualität der Analysen zur Regulierungsfolgenabschätzung zu verbessern und neuen Entwicklungen bei der Messung nicht-monetärer Auswirkungen von Regulierungen Rechnung zu tragen. Früher dieses Jahr forderte eine Gruppe von 29 Wirtschaftsverbänden unter Führung der *US Chamber of Commerce* das OMB auf, die vorgeschlagene Aktualisierung zurückzuziehen und sich stattdessen auf „objektive, technische Aktualisierungen zu beschränken, die die breite parteiübergreifende Unterstützung genießen, von der die Verfahren zur Regulierungsfolgenabschätzung seit Jahrzehnten profitiert hat“. (pm)

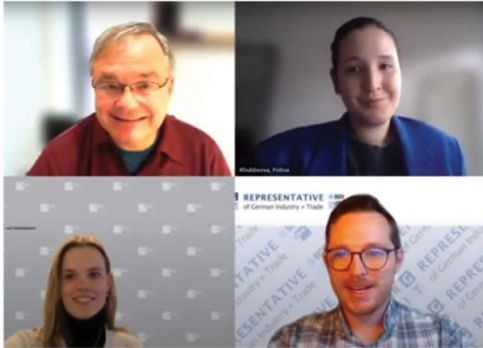
Mehr Offshore-Windkraft-Projekte in Virginia und am Golf von Mexiko

Das Büro für Energiemanagement in Ozeanen (BOEM) des US-Innenministeriums hat den Bau des *Coastal Virginia Offshore Wind Project* genehmigt. Das Projekt ist das größte je in den USA genehmigte Offshore Wind Projekt und soll laut Projekträger Dominion Energy mit einer Leistung von circa 2,6 GW bis Ende 2026 fertiggestellt sein. Die Biden-Administration plant 16 weitere Projekte bis 2025 einem Genehmigungsverfahren unterzogen zu haben.

Das BOEM hat außerdem vier neue Gebiete am Golf von Mexiko als Potentialgebiete für Offshore Wind designiert. Wann die entsprechenden Bieterverfahren laufen werden, ist noch unklar, da noch eine letzte umweltrechtliche Prüfung aussteht. Das größte der vier Gebiete umfasst über 2000 km². Schätzungen zufolge könnte es 2,1 Millionen Haushalte versorgen, alle vier Gebiete zusammen 3 Millionen Haushalte. Das erste Bieterverfahren am Golf im August hatte nur verhaltene Angebote bekommen. Schlussendlich wurde nur eins der drei ausgewiesenen Gebiete für 5,6 Mio. US-Dollar vergeben. Generell bestehen am Golf höhere Hürden für Offshore Windkraftanlagen im Vergleich zur Ostküste. Es herrschen niedrigere Windgeschwindigkeiten, wenig bis keine regulatorische Sicherheit für Abnehmer und allgemein niedrigere Strompreise.



ICYMI



In Zusammenarbeit mit der Kanzlei Morgan Lewis hat RGIT ein virtuelles Briefing zum Thema EU AI Act organisiert. Gemeinsam mit Expertinnen der DIHK und des BDI diskutierten örtliche Unternehmensvertreter die neuesten Gesetzgebungen zur Künstlichen Intelligenz und deren Auswirkungen auf die transatlantische Wirtschaft. Die Aufnahme der Veranstaltung ist unter folgendem Link abrufbar:
<https://youtu.be/XKDGyJeAtul> (srs)



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News

Handel | Digital | Energie

Oktober 2023



Im Fokus



EU-US-Gipfel

Der EU-US-Summit in Washington ist ohne nennenswerte Ergebnisse im Wirtschaftsbereich zu Ende gegangen. Beide Seiten konnten sich nicht auf eine dauerhafte Lösung bezüglich der Stahl- und Aluminiumzölle einigen. Nach der bestehenden Vereinbarung würden die US-Zölle und die Vergeltungsmaßnahmen der

EU auf US-Waren am 1. Januar 2024 wieder in Kraft treten. Vertreter der US-Regierung haben erklärt, dass sie die Zölle im kommenden Jahr nicht wieder einführen und die derzeitigen Zollkontingente bei Bedarf verlängern werden. Beide Seiten kündigten Fortschritte bei einem Abkommen über kritische Mineralien an, nannten aber keine Details. Damit sollen handelspolitische Wettbewerbsnachteile verhindert werden, die den Europäern durch den *US Inflation Reduction Act* entstehen. Die USA und die EU betonten erneut die Bedeutung ihrer Verteidigungspartnerschaft und sicherten Ukraine und Israel ihre Unterstützung zu.

Wirtschaftsverbände und Think Tanks in den USA und Europa zeigten sich enttäuscht über das Ergebnis des Gipfels. Der Industrieverband BusinessEurope kritisierte, der Gipfel sei hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die US Chamber of Commerce, der Business Roundtable und der European Roundtable for Industry hatten auf ein dauerhaftes Stahl- und Aluminiumabkommen sowie eine engere Zusammenarbeit bei kritischen Mineralien gehofft.

In der gemeinsamen Erklärung wird bekräftigt, dass die USA und die EU nicht das Ziel anstreben, sich von China abzukoppeln. Allerdings würden beide Seiten daran arbeiten, kritische Abhängigkeiten zu verringern. Ferner sagten beide Seiten zu, Entwicklungsprojekte der Weltbank und im Privatsektors zu unterstützen, vor allem im Bereich Infrastruktur. Die USA und die EU wollen sich für den Ausbau der kürzlich angekündigten transafrikanischen Korridore und der Korridore Indien-Naher-Osten-Europa einsetzen und sich um die Einführung weiterer Wirtschaftskorridore bemühen. (jm)



Handel

STIP Verhandlungsrunde in Washington, D.C.

Die zweite Verhandlungsrunde der Strategic Trade and Investment

Vereinigten Staaten und Kenia fand vom 4.-7. Oktober in Washington statt. Die Verhandlungspartner tauschten sich zu den Themen Landwirtschaft, Korruptionsbekämpfung, inländische Regulierung von Dienstleistungen und Inklusion im Welthandel aus. Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai betonte, dass Afrika ein wichtiger Bestandteil der handelspolitischen Agenda der Biden Administration sei. Ziel sei es, den Handel der Zukunft gerechter und ausgewogener zu gestalten durch die Zusammenarbeit mit Ländern in allen Regionen. Mit der Partnerschaft sollen die Investitionen erhöht, Arbeitnehmer, Verbraucher und Unternehmen unterstützt, ein nachhaltiges und integratives Wirtschaftswachstum sowie die regionale wirtschaftliche Integration Afrikas gefördert werden. Zivilgesellschaftliche Gruppen und US-Gesetzgeber kritisierten die Fortsetzung der Verhandlungen aufgrund eines Gesetzesvorschlags in Kenia, der strafrechtliche Sanktionen für die Identifizierung als LGBTQI+ vorsieht. (sh)



Kritik an der Administration über APEP Engagement

Senator Tim Kaine (D-VA), der Vorsitzende des Senatsunterausschusses für auswärtige Beziehungen in der westlichen Hemisphäre fordert die Biden Administration in einem Brief auf, die *Americas Partnership for Economic Prosperity (APEP)* zu stärken. In seinem Schreiben fordert Senator Kaine, den Handel und die Investitionen in APEP Ländern auszuweiten. Der Senator sieht die Partnerschaft als entscheidend an, um Lieferketten zu sichern und dem wachsenden Einfluss Chinas in der Region entgegenzuwirken. Er kritisierte, dass die Regierungen ein Jahr nach der Ankündigung der APEP noch immer keine nennenswerten Schritte zur Umsetzung unternommen hätten. Senator Kaine bemängelte auch die veränderte Struktur der Partnerschaft, die sich von einem textbasierten Abkommen mit verbindlichen Verpflichtungen zu einem Forum für eine breite Diskussion über gemeinsame Interessen und Ziele entwickelt habe. (sh)

USTR bittet Mexiko um RRM-Untersuchung bei Autozulieferer

US-Handelsbeauftragte Katherine Tai hat die mexikanische Regierung dazu aufgerufen, die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte beim Autozulieferer Asiaway Automotive Components Mexico in San Luis Potosi zu untersuchen. Bereits im September hatten sich Gewerkschaftsmitglieder beschwert, dass sie daran gehindert würden, sich zu versammeln. Dies ist das 15. Mal, dass sich USTR im Rahmen des im USMCA vereinbarten *Rapid Response Mechanism (RRM)* eingeschaltet hat. Mexiko hat nun zehn Tage Zeit, den Beschwerden zuzustimmen. Die Untersuchungen müssen dann bis zum 6. Dezember abgeschlossen sein. (srs)



Digital



US-Wirtschaftsministerium weitet Exportkontrollen für Chips nach China aus

Das *Bureau of Industry and Security (BIS)* hat neue Bestimmungen zur Ausfuhr von Hochleistungschips und Anlagen zur Halbleiterherstellung nach China bekannt gegeben. Die neuen Regeln erweitern die Definition von Supercomputern und sehen Meldepflichten für Chips vor, deren Leistung knapp unter dem jetzigen Grenzwert liegt. Des Weiteren soll die Anzahl der Fertigungsanlagen erhöht werden, die

zu Exportlizenzen verpflichtet sind. Außerdem werden ab dem 17. Oktober zwei weitere chinesische Unternehmen und deren Tochtergesellschaften auf die Entity Liste gesetzt. Die Regeländerungen treten am 17. November in Kraft. Öffentliche Stellungnahmen sind bis zum 18. Dezember einzureichen. (jm)

BIS aktualisiert Exportkontroll-Ausnahmen für koreanische Chiphersteller

Das *Bureau of Industry and Security (BIS)* hat die Regelung von Genehmigungen für die

Rec Halbleiterproduktionsstätten von Samsung und SK Hynix in China aktualisiert. Damit wird die Liste der Chipherstellungstechnologien erweitert, die koreanische Unternehmen in ihren Anlagen in China anwenden dürfen. Als „validierte Endabnehmer“ müssen diese Einrichtungen keine Einzelfallgenehmigungen beantragen. Die neue BIS-Regelung verbietet es den Einrichtungen in China nach wie vor, extrem-ultraviolette Geräte und andere Technologien und Komponenten zu erhalten, die für die Herstellung von Hochleistungsspeicherchips erforderlich sind. (jm)

USA und Australien vertiefen technologische Zusammenarbeit

Die Vereinigten Staaten und Australien haben mehrere neue Initiativen zur Vertiefung der Zusammenarbeit angekündigt. Zukünftig wollen beide Staaten im Bereich der künstlichen Intelligenz und beim Aufbau einer widerstandsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur und der Cybersicherheit in den pazifischen Inselstaaten kollaborieren. Eine neue bilaterale Taskforce für kritische Mineralien soll dabei helfen, Investitionen in Bergbau- und Verarbeitungsbetriebe zu koordinieren und Umwelt- und Arbeitsstandards beider Staaten zu vereinheitlichen. Außerdem soll ein bilaterales Abkommen über technologische Schutzmaßnahmen unterzeichnet werden, damit zukünftig kommerzielle US-Raumfahrzeuge in Australien starten können. (jm)



Energie

DOE gibt Förderung von 7 Wasserstoffzentren bekannt

Das US-Energieministerium (DOE) hat die Gewinner des Auswahlverfahrens für das Hydrogen-Hubs-Program (H2Hubs) bekannt gegeben. Das Programm stammt aus dem 2021 verabschiedeten *Bipartisan Infrastructure Law*. Das DOE wird insgesamt 7 Milliarden US-Dollar investieren, die Kostenbeteiligung privater Unternehmen wird voraussichtlich über 40 Milliarden US-Dollar betragen. Die H2Hubs sind ein wichtiger Bestandteil der Wasserstoffstrategie der Biden-Administration. Unsicherheit über die Wirtschaftlichkeit der Hubs verbleibt, bis das US-Finanzministerium die Richtlinien und Kriterien (Additionalität, Regionalität, Time-Matching) für den *45V Hydrogen Production Tax Credit* des *Inflation Reduction Act* fertigstellt.

Die ausgewählten H2Hubs sind der: (1) Appalachian Hydrogen Hub (West Virginia, Ohio, Pennsylvania), (2) California Hydrogen Hub, (3) Gulf Coast Hydrogen Hub (Houston, Texas), (4) Heartland Hydrogen Hub (Minnesota, North Dakota, South Dakota), (5) Mid-Atlantic Hydrogen Hub (Pennsylvania, Delaware, New Jersey), (6) Midwest Hydrogen Hub (Illinois, Indiana, Michigan), and (7) Pacific Northwest Hydrogen Hub (Washington, Oregon, Montana). (pm)

Biden-Administration hebt Sanktionen gegen venezolanische Ölindustrie auf

Venezuelas Präsident Maduro hat sich mit der Opposition auf einen Wahlplan geeinigt und 2024 freie Wahlen mit unabhängigen Kandidaten und Wahlbeobachtern versprochen. Nach der Einigung kündigte die USA an, geltende Sanktionen gegen Rohöl, raffinierte Fertigprodukte und Gold für 6 Monate aufzuheben. Sollte Maduro nicht Wort halten, würden die Sanktionen laut Biden-Administration wieder in Kraft gesetzt. Das seit langem in den USA bestehende Kaufverbot von Kraftstoffen aus Venezuela bleibt jedoch weiter bestehen.

Die venezolanische Ölindustrie ist seit Jahrzehnten von Investitionsstaus betroffen. Die Ölexporte, hauptsächlich nach China, sind für venezolanische Verhältnisse niedrig und beliefen sich im August auf nur 544.000 Barrel. Die Sanktionen wurden ursprünglich im Jahr 2008 verhängt, als der damalige Präsident Hugo Chavez das Vermögen privater Ölfirmen teilweise enteignet hatte. Die Republikaner im Repräsentantenhaus und im Senat kritisierten die Pläne der Biden-Administration und bezeichneten sie als „Almosen“ für die Öl- und Gasindustrie einer „unfreundlichen“ sozialistischen Diktatur, während die einheimische Öl- und Gasindustrie der USA nicht ausreichend unterstützt werde. Auch kritisierten sie, dass Biden so nicht ausreichend dafür Sorge, Energieexporte an Verbündete sicherzustellen. (pm)

EPA weitet Berichtspflichten für PFAS aus

Die US-Umweltschutzbehörde (EPA) hat eine Regulierung fertiggestellt, die Berichtspflichten für per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (engl. per- and polyfluoroalkyl substances, PFAS), sogenannte Ewigkeitschemikalien, an das *Toxics Release Inventory (TRI)* verschärft. Die Regulierung streicht eine Ausnahme, die es Anlagen und Einrichtungen erlaubt hatte, geringe Konzentrationen der 189 TRI-gelisteten PFAS nicht anzuzeigen (sogenannte *de-minimis* Regelung). Als Teil des 2020 *National Defense Authorization Act (NDAA)*, wurden ursprünglich 172 PFAS für das TRI gelistet, mit der Möglichkeit zukünftig weitere Stoffe auf die Inventarliste setzen zu können.



Die ursprüngliche Regelungsetzung der Trump-Administration sah für PFAS jedoch keine Abweichung von der geltenden *de-minimis*-Regelung vor. Die finale Regulierung eliminiert diese nun für TRI-gelistete PFAS und schreibt vor, dass Produzenten oder Importeure auch die Präsenz von minimalen PFAS-Konzentrationen offenlegen müssen. Die Berichtspflichten gelten rückwirkend bis 2011 und müssen bis Mai 2025 (November für KMU) eingereicht werden. Die Regel ist zentraler Bestandteil von Bidens Plänen PFAS und andere Chemikalien stärker zu kontrollieren. (pm)

ICYMI



Die neuen *German Business in the US*-Zahlen sind da! Mit 619 Milliarden US-Dollar ist Deutschland aktuell der viertgrößte ausländische Direktinvestor in den USA. 5,800 deutsche Firmen beschäftigen in den USA fast 925.000 Arbeitnehmer, 318.000 davon im verarbeitenden Gewerbe. Der transatlantische Handel mit Gütern umfasst derzeit einen Wert von insgesamt \$219 Milliarden US-Dollar. Mehr

Statistiken zum Thema und eine interaktive Übersicht der Aktivitäten deutscher Beteiligungen in den einzelnen US-Bundesstaaten finden Sie auf www.GermanBusinessUSA.com . (srs)

Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777
<http://www.rgit-usa.com>
publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News

Handel | Digital | Energie

September 2023



Im Fokus



Haushaltssperre immer wahrscheinlicher

Das Haushaltsjahr endet am 30. September, und bislang konnte sich der US-Kongress noch nicht auf einen Haushaltsbeschluss für das kommende Jahr einigen. Sollte auch bis Samstagnacht keine Einigung erreicht werden, muss die Regierung „schließen“. Mit dem Government Shutdown würden ab 1. Oktober hunderttausende US-Regierungsbeamte zwangsbeurlaubt.

Der Senat hat einen Übergangshaushalt vorgelegt, der die US-Bundesministerien und -behörden bis zum 17. November finanzieren würde. Der Entwurf wurde jedoch vom Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy (R-CA) abgelehnt. Er verhandelt weiter mit dem rechten Flügel seiner Fraktion, dem sogenannten *Freedom Caucus*, über eine kürzere Fortschreibung des bestehenden Haushalts (*continuing resolution, CR*). Sein Vorschlag

enthält weitreichendere Kürzungen als jene, die im Deal zur Erhöhung der Schuldengrenze im Frühjahr vereinbart wurden.

Kommt es am 1. Oktober zum *Shutdown*, würde die Arbeit des Büros der US-Handelsbeauftragten temporär eingeschränkt, erklärte US Handelsbeauftragte Katherine Tai. Verhandlungen zum Indo-Pacific Economic Framework und zum globalen Stahl- und Aluminium-Zollabkommen würden nach wie vor priorisiert. US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo warnte, dass eine Haushaltssperre die Ausgabe von Halbleitersubventionen und die Durchsetzung von US-Exportkontrollen behindern würde. (jm)



Handel

Neuer Wirtschaftskorridor zwischen Europa und Nahem Osten geplant

Die Vereinigten Staaten, Indien, Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Frankreich, Deutschland, Italien und die Europäische Union

haben auf der Veranstaltung der G20 Staats- und Regierungschefs zur Partnerschaft für globale Infrastruktur und Investitionen eine Absichtserklärung für einen neuen Wirtschaftskorridor bekannt gegeben. Die Handelsroute wird Indien über Eisenbahnstrecken und Häfen mit dem Nahen Osten und Europa verbinden. Das Projekt besteht aus zwei Korridoren - einem Ostkorridor, der Indien mit den arabischen Golfstaaten verbindet und einem Nordkorridor zwischen den Golfstaaten und Europa. Neben dem Warentransit wird die Route auch den Export von sauberem Wasserstoff, Strom und digitale Konnektivität ermöglichen. Das Vorhaben soll unter anderem über die EU-Initiative Global Gateway finanziert werden. Einige Analysten sehen in der Initiative Konkurrenz für Chinas Seidenstraßen-Projekt (Belt and Road Initiative, BRI). Andere, insbesondere die VAE und Saudi-Arabien, die Mitglieder beider Initiativen sind, sehen den Korridor als eine Erweiterung der globalen Konnektivität, die Chinas BRI ergänzen wird.



IPEF-Verhandlungen: Text zum Lieferkettenabkommen veröffentlicht

Die 14 Partnerländer des Indo-Pacific Frameworks haben die Verhandlungen über das Lieferkettenabkommen Ende Mai abgeschlossen. Schwerpunkte des Textes sind Investitionen in IPEF-Lieferketten, kritische Sektoren, die Produktion von Schlüsselgütern und die Entwicklung der physischen und digitalen Infrastruktur. Im Abkommen ist auch die Einrichtung eines IPEF-Lieferkettenrat, ein Krisenreaktionsnetzwerk für die Lieferkette und ein Beirat für Arbeitsrechte festgelegt. Das US-Wirtschaftsministerium hat den Text vor der Genehmigung durch die Mitgliedsländer veröffentlicht, um der Kritik des Kongresses und zivilgesellschaftlicher Gruppen zu begegnen. Diese werfen der Behörde und dem Büro der US-Handelsbeauftragten (USTR) mangelnde Transparenz bei den Verhandlungen vor. Von der fünften Runde, die vom 10. bis 16. September in Bangkok, Thailand, stattfand, wurden Fortschritte bei den vier Säulen, aber keine neuen Vereinbarungen bekannt gegeben. Über die Aufnahme einer von der Technologiebranche vorgeschlagenen Bestimmung zu „Quellcodes“ in Säule I (Digitaler Handel) äußerten sich mehrere Interessenverbände besorgt. Sie befürchten, dass dadurch das Recht der Verbraucher auf Reparatur beeinträchtigt würde.

USTR äußert sich zu WTO-Reform

In einer Rede vor dem Center for Strategic and International Studies (CSIS) erläuterte die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai die Vorstellungen der Vereinigten Staaten von einer Reform der Welthandelsorganisation (WTO). Als Teil der Reform soll die WTO auch Themen wie Klimawandel, Transparenz und Nicht-Marktwirtschaften behandeln. In Bezug auf die Neugestaltung des Streitbeilegungsverfahrens bekräftigte Botschafterin Tai die Position der USA, dass nationale Sicherheit nicht im Rahmen der WTO-Streitbeilegung geprüft werden könnte. Sie stellte klar, dass die USA nicht an einer Wiedereinsetzung des Berufungsgremiums interessiert ist. Botschafterin Tai betonte, dass praktische und strukturelle Unterstützung, wie zum Beispiel Mediationsmöglichkeiten, notwendig seien, um allen Mitgliedsländern eine Alternative zu Gerichtsverfahren zu bieten. Die 13. WTO-Ministerkonferenz findet im Februar 2024 in Abu Dhabi, Vereinigte Arabische Emirate, statt. (sh)



Digital

USA reagieren auf bahnbrechenden Chip in Huawei-Handy

Das neue Huawei-Smartphone Mate 60 Pro enthält einen Chip mit 7-nm-Geometrie, der vermutlich vom chinesischen Chiphersteller SMIC produziert wird. Die Herstellung eines



Chips mit weniger als 14 nm würde einen Durchbruch bedeuten. Vor allem nachdem die USA vergangenen Oktober Exportkontrollen für solche Chips und Fertigungstechnologien eingeführt hatten. US-Wirtschaftsministerin Gina Raimondo sagte vor dem

Wirtschaftsausschuss des Repräsentantenhauses, es gebe keine Beweise dafür, dass China die neuen Chips in Massenproduktion herstellen könne. Der Vorsitzende des Sonderausschusses des Repräsentantenhauses zum Wettbewerb mit China, Mike Gallagher (R-WI), kritisierte die seiner Meinung nach laxen Durchsetzung der bestehenden Exportkontrollen und sprach sich für ein Ende aller US-Technologieexporte an Huawei und SMIC aus.

USA und Vietnam starten neue Partnerschaft

Die strategische Partnerschaft zwischen den USA und Vietnam umfasst neue Kooperationsinitiativen in den Bereichen Handel und Investitionen, Technologie, Bildung und Klima. Die USA werden die Halbleiterherstellung in Vietnam durch den ITSI-Fonds (*International Technology Security and Innovation*) im Rahmen des CHIPS-Gesetzes unterstützen und Initiativen zur Entwicklung von Arbeitskräften in Vietnam starten. Vietnam hat sich verpflichtet, seine Ressourcen an Seltenen Erden zu kartieren. US-Agrarerzeugnisse werden in Zukunft zusätzlichen Marktzugang in Vietnam erhalten. Die beiden Länder kündigten auch eine neue Klima-Arbeitsgruppe zur Koordinierung bilateraler Projekte an. Die Investitionen im Rahmen der Partnerschaft werden ökologische, soziale und labortechnische Aspekte berücksichtigen.

Überparteiliches Gesetz zur Überprüfung von Auslandsinvestitionen verabschiedet

Der vom Abgeordneten Andy Barr (R-KY) eingebrachte Gesetzentwurf *Chinese Military and Surveillance Company Sanctions Act* (CMSCSA) würde alle Transaktionen von US-Personen mit chinesischen Unternehmen verbieten, die mit dem chinesischen Militär und den Sicherheitsdiensten zusammenarbeiten. Der Gesetzentwurf bezieht sich auf frühere Exekutivanordnungen der US-Präsidenten Trump und Biden, die Sanktionen gegen mehrere chinesische Verteidigungs- und Überwachungstechnologieunternehmen verhängt haben. CMSCSA würde diese Sanktionen in der Gesetzgebung verankern und die Administration auffordern, die Sanktionsliste zu erweitern und alle Transaktionen mit den aufgeführten Unternehmen vollständig zu unterbinden. Die Befürworter des Gesetzentwurfs sehen darin eher eine Ergänzung als eine Alternative zum *Outbound Investment Transparency Act* (OITA) des Senats und der jüngsten Exekutivanordnung von Präsident Biden. Der Gesetzentwurf des Repräsentantenhauses wird wahrscheinlich in den Verteidigungshaushalt aufgenommen. Allerdings muss er zunächst vom Senat absegnet werden. (jm)



Energie

Unterzeichnung von Offenlegungspflichten von Scope-3-Emissionen angekündigt

Der kalifornische Gouverneur Gavin Newsom gab bei der *Climate Week NYC* bekannt, dass er einen Gesetzentwurf (*Climate Corporate Data Accountability Act*) zur Offenlegung von Klimadaten unterzeichnen wird. Der von der kalifornischen Legislative verabschiedete Entwurf umfasst auch Scope-3-Emissionen.



Um Kritik aus der Industrie zu begegnen, waren von der Verabschiedung des *Climate Corporate Data Accountability Act* noch Änderungen vorgenommen worden. Der Entwurf sieht vor, dass Unternehmen, die in Kalifornien tätig sind und einen Jahresumsatz von mehr als 1 Milliarde Dollar haben, ihre Scope-1-, -2- und -3-Emissionen offenlegen müssen. Es wird erwartet, dass etwa 5.400 Unternehmen in Kalifornien direkt von der neuen Regelung betroffen sein werden. Newsom kündigte außerdem an, einen zweiten verabschiedeten Gesetzesentwurf zur Offenlegung klimabezogener finanzieller Risiken zu unterzeichnen. Beide Gesetzesentwürfe gehen über die auf Bundesebene von der *Securities and Exchange Commission* (SEC) vorgeschlagene Regelung hinaus, da diese keine Privatunternehmen miteinbezieht und Scope-3-Emissionen in geringerem Umfang fordert. Die kalifornische Handelskammer kritisiert, die Gesetzesentwürfe benachteiligten kalifornische Unternehmen gegenüber außerstaatlichen Konkurrenten und verursachten zusätzliche Belastungen und Kosten.

EPA veröffentlicht Prognosen zu Emissionsreduzierungen durch IRA

Ein von der US-Umweltschutzbehörde EPA (*Environmental Protection Agency*) veröffentlichter Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass der *Inflation Reduction Act* (IRA) die CO₂-Emissionen der gesamten US-Wirtschaft bis 2030 um 35 bis 43 Prozent unter das Niveau von 2005 senken wird. Für den Stromsektor werden im gleichen Zeitraum Reduzierungen zwischen 49 und 83 Prozent erwartet. Der Bericht stellt verschiedene Hochrechnungen vor, die von unterschiedlichen Annahmen hinsichtlich der Verfügbarkeit und Nutzung von emissionsreduzierenden Technologien ausgehen. In allen Modellen beschleunigt der IRA die Emissionsreduzierung, aber die durchschnittlichen prognostizierten Reduzierungen bleiben hinter dem Ziel von Joe Biden zurück, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 50 bis 52 Prozent zu reduzieren. Szenarien sind auch aufgeschlüsselt nach Sektoren verfügbar.

Erste neue, US-eigene Urananreicherungsanlage seit 1954 genehmigt

Die US-Nuklearregulierungsbehörde NRC (*Nuclear Regulatory Commission*) hat die erste Phase eines Projekts des US-Unternehmens American Centrifuge Operating für die Anreicherung von Uran als Kernbrennstoff genehmigt. Das Projekt soll künftig hochwertiges (5 bis 20 Prozent) niedrig angereichertes Uran, sogenanntes HALEU (*high-assay low enriched uranium*) herstellen. Die Lieferketten für HALEU finden sich derzeit vor allem in Russland und dessen Partnerländern. Seit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine versuchen US-Regierung und Kongress nach Lösungen für die Reduzierung der Abhängigkeit zu suchen. Hierzu sind im *Inflation Reduction Act* (IRA) unter anderem 700 Millionen Dollar zum Aufbau entsprechender inländischer Lieferketten vorgesehen. Auch American Centrifuge Operating erhält Zuschüsse von der US-Bundesregierung und plant mit einer Anreicherung von bis zu 900kg pro Jahr, später mit ausgeweiteten Kapazitäten bis zu 6.000kg pro Jahr. Die Genehmigung durch die NRC ist die größte und weitreichendste Zulassung bisher. (pm)

ICYMI



Am 21. September feierte die *Delegation of German Industry and Commerce* ihr diesjähriges Oktoberfest im Decatur House in Washington. Über 250 internationale Gäste nutzten bei Bier, Brezeln und Sonnenschein die Möglichkeit, ihr Netzwerk zu erweitern. Neben Dr. Christoph Schemioneke, Delegierter der Deutschen Wirtschaft, eröffnete Deputy Chief of Mission (DCM) der deutschen Botschaft in Washington, Axel Dittmann, das Oktoberfest. (srs)

Impressum

Kontakt:
Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com



Washington News Im Blickpunkt

Liebe Leser:innen,

um Hintergründe zu beleuchten, die in der Kürze eines Artikels oft nicht darstellbar sind, lassen wir Ihnen gelegentlich „Washington News: Im Blickpunkt“ zukommen. „Im Blickpunkt“ erläutert detaillierte Gesetzespakete, Initiativen, Trends oder Entwicklungen aus dem politischen Washington.

In den vergangenen zwei Jahren hat die Administration unter Präsident Biden eine Handelspolitik verfolgt, die sich auf Rahmenvereinbarungen und Dialoge konzentriert. Diese Strategie unterscheidet sich in Struktur, Schlüsselakteuren und Inhalt von traditionellen Freihandelsabkommen (FTA). Dieser Blickpunkt bietet eine Übersicht zur allgemeinen Gestaltung der U.S. Handelspolitik sowie den derzeitigen Rahmenabkommen und sektoralen Vereinbarungen.

Wie immer freuen wir uns über Ihr Feedback und Ihre Anregungen.

Beste Grüße

Ihr Washington News Team

Die Handelspolitik der USA unter der Biden Administration

Stephanie Harwood, RGIT
August 2023

Wie wird die Handelspolitik der USA gestaltet?

Die US-Verfassung verleiht sowohl der Legislativen als auch der Exekutiven Befugnisse über bestimmte Aspekte der Handelspolitik. Artikel 1, Abschnitt 8 der Verfassung gibt dem Kongress die Hauptbefugnis über die Handelspolitik mit dem Mandat, Zölle zu erheben und den Außenhandel gesetzlich zu regulieren.



Der Kongress erlässt Gesetze zur Genehmigung von Handelsprogrammen und Maßnahmen gegen unfaire Handelspraktiken. Außerdem obliegt dem Kongress die Aufsicht wie handelspolitische Maßnahmen, Programme und Abkommen umgesetzt werden – hierunter fallen Bereiche wie Zölle, Handelshemmnisse, handelspolitische Abhilfemaßnahmen, Import- und Exportpolitik, Wirtschaftssanktionen und handelspolitische Funktionen der Bundesregierung. Das *House Ways and Means*

Committee und der Finanzausschuss des Senats sind in erster Linie für Handelsfragen zuständig, aber auch andere Ausschüsse (z.B. die außenpolitischen Ausschüsse und Ausschüsse für mittelständische Unternehmen und Unternehmertum) spielen eine Rolle, wenn Handelsfragen in ihre Zuständigkeit fallen.

Recherchiert von der US-Präsidenten, die Verantwortung für die Außenbeziehungen der Vereinigten Staaten und die Verhandlung von Abkommen mit anderen Nationen überträgt. Das Büro der US-Handelsbeauftragten (*U.S. Trade Representative*, USTR) und andere Behörden der Exekutiven nehmen im Rahmen verschiedener Befugnisse Handelsaufgaben wahr. USTR ist für die Entwicklung und Koordinierung der internationalen Handels-, Rohstoff- und Direktinvestitionspolitik der USA zuständig und führt Verhandlungen mit anderen Ländern. USTR arbeitet in der Handelspolitik mit dem Kongress zusammen, indem sich die Behörde mit den Finanzausschüssen des Repräsentantenhauses und des Senats berät und Briefings für andere Ausschüsse und Büros des Kongresses bereitstellt.

Im Laufe der Jahre hat der Kongress eine Reihe von Handelsgesetzen verabschiedet, die den Präsidenten ermächtigen, Maßnahmen für die nationale Sicherheit (Section 232, *Trade Expansion Act of 1962*), zur Bekämpfung von Dumping- und Subventionspraktiken anderer Länder (Section 301, *Trade Act of 1974*) und Schutzmaßnahmen (Section 201, *Trade Act of 1974*) zu ergreifen.

In der Vergangenheit hat der Kongress dem Präsidenten außerdem durch die Trade Promotion Authority (TPA) begrenzte Befugnisse zur Senkung von Zöllen übertragen. Durch TPA definiert der Kongress die Verhandlungsziele der USA und legt ein detailliertes Überwachungs- und Konsultationsverfahren für die Handelsverhandlungen fest. Im Rahmen der TPA prüft und entscheidet der Kongress, ob ein vorgeschlagenes US-Handelsabkommen umgesetzt wird, indem er mit einfacher Mehrheit und ohne Änderungsanträge dafür oder dagegen stimmt. Das letzte TPA-Gesetz war von 2015 bis Juli 2021 gültig.

Dass derzeit keine TPA vorliegt und der neue Ansatz der Biden Administration, keine klassischen Freihandelsabkommen abzuschließen, stellen die Rolle des Kongresses bei neuen Handelsinitiativen in Frage. Handelsabkommen, die nicht vom Kongress genehmigt werden, sind in ihrem Geltungsbereich begrenzt. Dies spiegelt sich in einer Reihe der Rahmenabkommen wider, die derzeit von der Administration ausgehandelt werden. Gesetzgeber kritisieren, dass sie weder den Marktzugang (durch Zollverhandlungen) noch die Durchsetzbarkeit gewährleisten – zwei Merkmale der Handelspolitik, für die der Kongress nach eigener Aussage zuständig sei.

Eine Erneuerung der TPA wurde bislang noch nicht von der Administration beantragt und auch im Kongress scheint die Stimmung hierfür ambivalent zu sein. Zwar wurde im 117. Kongress eine Gesetzesvorlage zur Erneuerung des TPA eingebracht, allerdings zögern die Gesetzgeber jetzt im 118. Kongress, die Verhandlungsmacht in der Handelspolitik tatsächlich an die Exekutive abzutreten.

Was sind die handelspolitischen Prioritäten der Biden Regierung?

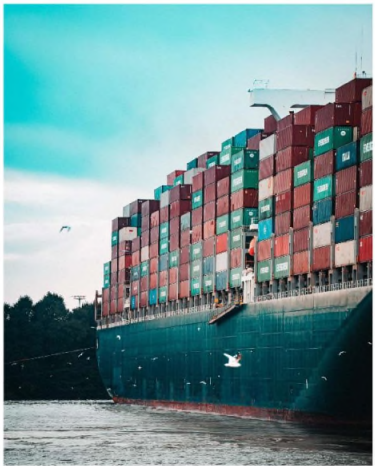
Im März dieses Jahres veröffentlichte das USTR-Büro den Bericht *President Biden's 2023 Trade Policy Agenda and 2022 Annual Report to Congress*. Hierin definiert die Regierung eine Handelsagenda, in deren Mittelpunkt die Arbeitnehmer, die Dekarbonisierung, die Stärkung der Beziehungen zu Partnern und Verbündeten, die Stärkung wichtiger Lieferketten und die Verteidigung demokratischer Werte stehen. Zu den im Jahr 2022 hervorgehobenen Erfolgen gehören das *Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)* und die *Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC)*. Handelsinitiativen mit Taiwan und Kenia sowie eine Vertiefung der Beziehungen und der Zusammenarbeit mit der EU, unter anderem durch den *Trade and Technology Council (TTC)* werden ebenso als Fortschritte betrachtet.

Sprecher der Regierung betonen innerhalb der neuen Handelsstrategie den arbeitnehmerzentrierten Ansatz, der Arbeitnehmern und Gemeinden in der gesamten westlichen Hemisphäre durch weltweiten Handel wirtschaftliche Chancen bieten soll. In einer Rede im April dieses Jahres erläuterte der nationale Sicherheitsberater im Weißen Haus Jake Sullivan den Ansatz der Administration für die internationale Wirtschaft: die westlichen Regierungen müssen eine Schlüsselrolle in der Industriewirtschaft spielen, bessere Arbeitsplätze schaffen und die Abhängigkeit von China verringern. Die Rede war eine klare Abweichung von der historischen Handelsagenda, die sich auf niedrigere Zölle, weniger staatlichen Einfluss und Handelsliberalisierung konzentrierte. Laut Sullivan führte die „übermäßig vereinfachte Markteffizienz“ zur Verlagerung von Lieferketten und Herstellung strategischer Güter ins Ausland. Anstelle einer Handelsstrategie, die sich auf Freihandelsabkommen konzentriert, strebt die Regierung nach Initiativen wie dem *Inflation*

Reduction Act und dem CHIPS for America Act eine neue Industriestrategie an. Diese Gesetze bieten erhebliche Anreize für die heimische Fertigung, können moderne Arbeitsplätze in der US-Industrie schaffen und die Abhängigkeit von China im Technologiebereich verringern.

Die US-Handelsbeauftragte Katherine Tai hat Sullivans Argumente bekräftigt. Die Anfälligkeit der heutigen Lieferketten sei das Ergebnis früherer Handelsabkommen, die die Interessen großer Unternehmen und das Streben nach niedrigen Kosten für die Verbraucher priorisiert hätten. Sie betonte, Foren wie IPEF, *Americas Partnership for Economic Prosperity* (APEP) und die Verhandlungen über kritische Mineralien seien die wirksamsten Methoden, um die Abhängigkeit von China zu verringern.

Historisch gesehen seien die Handelsregeln darauf ausgelegt gewesen, so viel wie möglich zu liberalisieren. Laut Botschafterin Tai habe das Fehlen von Richtlinien zu einem Wettlauf nach unten geführt, „bei dem Ausbeutung belohnt und hohe Standards aufgegeben wurden.“ Maßnahmen wie das *Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminum* sollen hier Abhilfe schaffen und den nicht-marktwirtschaftlichen Praktiken Chinas entgegenwirken. Der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Mike Pyle wiederholte die Ansicht, dass Zölle nicht das Kernstück der Handelspolitik dieser Regierung sind. Er wies darauf hin, dass der durchschnittliche Zollsatz der USA nur 2,4 Prozent betrage. Außerdem sei der Handel zwischen den USA und ihren wichtigsten Verbündeten organisch gewachsen und habe sich mit Partnern wie Südostasien in den vergangenen Jahren sogar verdoppelt.



Freihandelsabkommen

Aktuell unterhalten die USA Freihandelsabkommen (FTA) mit 20 Ländern: Australien, Bahrain, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Honduras, Israel, Jordanien, Mexiko, Marokko, Nicaragua, Oman, Panama, Peru, Singapur und Südkorea. Das neueste von den USA abgeschlossene Freihandelsabkommen ist das USMCA zwischen den USA, Mexiko und Kanada. Es trat am 1. Juli 2020 als Nachfolge des *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) in Kraft. Die gesetzlich verankerten Streitbeilegungsmechanismen, die auch bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten greifen und der *Rapid Response Mechanism* (RRM) des Arbeitskapitels, gehören zu den wichtigsten Merkmalen des Abkommens.

Die drei größten Streitfälle betreffen derzeit die mexikanische Energiepolitik, Mexikos Umgang mit gentechnisch verändertem Mais und die US-Methode zur Berechnung der Ursprungsregeln für Fahrzeuge. Viele sehen im USMCA ein Modell für zukünftige Freihandelsabkommen (FTAs) in Bezug auf Marktzugang, Arbeitsstandards, Durchsetzungsmechanismen und partiübergreifende Unterstützung. Kongressabgeordnete die die aktuelle US-Handelsagenda der Administration kritisieren, nennen USMCA oft als Beispiel eines für die USA erstrebenswertes Freihandelsabkommen. Allerdings ist in Betracht zu ziehen, dass USMCA als NAFTA-Nachfolge nicht von Grund auf neu ausgehandelt wurde. Das USMCA muss alle sechs Jahre erneuert werden und würde nach 16 Jahren verfallen, sollte es während der sechsjährigen Überprüfungen nicht um weitere 16 Jahre verlängert werden. Derzeit beabsichtigen die drei beteiligten Länder eine Überprüfung ab Juli 2026 mit anschließender Verlängerung.

Angestrebte Rahmenabkommen der Biden Administration

U.S.-EU Trade and Technology Council (TTC)

US-Präsident Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigten die Gründung des Trade and Technology Council (TTC) im Juni 2021 an. Ziel des TTC ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der USA und der EU, den Wohlstand und marktorientierte Werte zu fördern. Es gibt 10 TTC-Arbeitsgruppen, die von US-Behörden und Dienststellen der Europäischen Kommission geleitet werden. Die Arbeitsgruppen konzentrieren sich auf

1. technische Standards,
2. Klima und grüne Technologien,
3. sichere Lieferketten,
4. Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien und Dienstleistungen,
5. Datenmanagement und Regulierung von Technologieplattformen,
6. Missbrauch von Technologien, der die Sicherheit und die Menschenrechte bedroht,
7. Exportkontrollen,
8. Investitionsschutz,
9. Förderung des Zugangs von KMU zu digitalen Technologien und deren Nutzung sowie
10. globale Handelsherausforderungen.

Bislang fanden im Rahmen des TTC vier Ministertreffen sowie eine Reihe von Sitzungen mit Interessenvertretern statt.

Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF)

Im Mai 2022 gründeten die Vereinigten Staaten das Indo-Pacific Economic Framework for Prosperity (IPEF) mit Australien, Brunei Darussalam, Fidschi, Indien, Indonesien, Japan, Süd-Korea, Malaysia, Neuseeland, den Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam. Die Verhandlungen konzentrieren sich auf vier Säulen: (1) Handel, (2) Lieferketten, (3) saubere Energie, Dekarbonisierung und Infrastruktur und (4) Steuern und Korruptionsbekämpfung. IPEF-Mitgliedsstaaten können wählen, welchen Säulen sie beitreten wollen.

Die Partnerländer haben die Verhandlungen über das IPEF-Lieferkettenabkommen im Mai 2023 abgeschlossen. Das Abkommen zielt darauf ab, durch gemeinsame Aktivitäten und Einzelmaßnahmen der IPEF-Partner die Widerstandsfähigkeit, Effizienz, Nachhaltigkeit, Transparenz und Diversifizierung der Lieferketten zu verbessern. Die nationalen Konsultationen und rechtlichen Überprüfungen des endgültigen Textes des IPEF-Lieferkettenabkommens finden aktuell statt. Zum Zeitpunkt der 4. Verhandlungsrunde vom 9.-15. Juli wurde der Text des Abkommens noch nicht veröffentlicht.

Auf dem kommenden Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) im November, sollen Vereinbarungen zu den Säulen I (Handel), III (Umweltschutz und Wirtschaft) und IV (Transparenz und Wirtschaft) abgeschlossen werden. Dieser Gipfel gilt weithin als inoffizieller Endtermin für die IPEF-Gespräche.

Americas Partnership for Economic Prosperity (APEP)

Die Partnerschaft Americas Partnership for Economic Prosperity (APEP) zielt darauf ab, die regionale Wettbewerbsfähigkeit, die Widerstandsfähigkeit, den gemeinsamen Wohlstand sowie integrative und nachhaltige Investitionen zu fördern. Sie wurde im Juni 2022 angekündigt und umfasst Barbados, Kanada, Chile, Kolumbien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Ecuador, Mexiko, Panama, Peru und Uruguay. Die Vereinigten Staaten unterhalten mit fast allen der genannten Länder bereits Freihandelsabkommen: Kanada und Mexiko (USMCA), Chile, Kolumbien, Costa Rica, die Dominikanische Republik, Panama und Peru. Mit Ecuador unterhalten die USA einen Handels- und Investitionsrat (*Trade and Investment Council*) und mit Uruguay ein Handels- und Investitionsrahmenabkommen (*Trade and Investment Framework Agreement*). Barbados ist das einzige Land mit dem die Vereinigten Staaten keine Handelsverhandlungen führen.

U.S.-Taiwan-Initiative zum Handel des 21. Jahrhunderts

Die Vereinigten Staaten und Taiwan haben im Juni 2022 Konsultationen zur US-Taiwan-Initiative aufgenommen und ein Jahr später die erste Verhandlungsphase abgeschlossen. Vertreter des American Institute in Taiwan und des Taipei Economic and Cultural Representative Office in den Vereinigten Staaten unterzeichneten das Abkommen. Das Abkommen enthält Maßnahmen zur Erleichterung des Handels, wie beispielsweise bei der Zollverwaltung (elektronische Formulare und Zahlungen), die Vereinfachung inländischer Vorschriften sowie der Umsetzung guter regulatorischer und korruptionsbekämpfender Praktiken. Die USA und Taiwan beabsichtigen, die Gespräche über Arbeit, digitalen Handel, Umwelt, Normen und nichtmarktbezogene Maßnahmen fortzusetzen.

Da sich der Kongress bei der Handelsagenda der Regierung weiterhin übergeben fühlte, bekräftigte er seine Autorität in Handelsfragen, indem er einen Gesetzentwurf zur Kodifizierung des Handelspakts der Regierung mit Taiwan verabschiedete. Der Gesetzentwurf wurde im Juni vom Repräsentantenhaus und im Juli vom Senat verabschiedet. Präsident Biden unterzeichnete das Gesetz am 7. August 2023. Allerdings vermerkte er, dass Abschnitt 7 des Gesetzes Anforderungen für die Aushandlung bestimmter weiterer Handelsabkommen mit Taiwan enthält, die verfassungsrechtliche Bedenken aufwerfen. Das Gesetz verpflichtet USTR den Kongressausschüssen Verhandlungstexte zur Verfügung zu stellen und Abschnitt 7(c) des Gesetzes würde USTR daran hindern, von den Vereinigten Staaten vorgeschlagene Texte an Taiwan zu übermitteln, während der Kongress sie prüft. Abschnitt 7(c) des Gesetzes würde darüber hinaus, unter Verstoß gegen *INS v. Chadha*, zwei Mitgliedern des Kongresses die Befugnis geben, die erforderliche Wartezeit zu verlängern, bevor USTR Texte an Taiwan übermitteln darf. Präsident Biden hat angekündigt, diese Anforderungen zu ignorieren, wenn sie gegen die verfassungsmäßige Befugnis des Präsidenten verstießen, mit einem ausländischen Partner zu verhandeln.

Sektorspezifische Abkommen



Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminum

Im Oktober 2021 einigten sich die USA und die EU auf eine vorübergehende Aussetzung der 2018 vom ehemaligen US-Präsidenten Trump verhängten Section-232-Zölle auf Stahl und Aluminium sowie der Vergeltungszölle der EU. Die US-Zölle wurden durch ein Zollkontingent (TRQ) ersetzt, in dessen Rahmen Stahl- und

Aluminiumprodukte aus der EU in festgelegten Mengen zollfrei auf den US-Markt gelangen. Für Importe aus der EU, die über diese Quoten hinaus gehen, werden weiterhin Zölle in Höhe von 25 Prozent auf Stahl und zehn Prozent auf Aluminium erhoben. Derzeit verhandeln die USA und die EU über ein *Global Arrangement on Sustainable Steel and Aluminum*, um globale Klimaziele zu erreichen sowie für die weltweiten Überkapazitäten eine dauerhafte Lösung zu finden.

Der US-Vorschlag sieht die Einführung von Zöllen vor, die je nach Kohlenstoffintensität des Herstellungsprozesses progressiv ansteigen würden. Die EU hat diesen Vorschlag mit der Begründung abgelehnt, dass die Zollstruktur einen potenziellen Verstoß gegen die WTO darstellt, da sie inländische Stahlproduzenten gegenüber ausländischen bevorzugt. Brüssel bevorzugt einen Ansatz auf der Grundlage des *Carbon Border Adjustment Mechanism* (CBAM), der Importe von Industrieprodukten auf der Grundlage ihres Kohlenstoffgehalts besteuert und Anfang 2026 vollständig in Kraft tritt. In den Gesprächen mit den USA hat die EU vorgeschlagen, CBAM mit traditionellen handelspolitischen Schutzinstrumenten zu kombinieren, um die Grundlage für ein Abkommen zu schaffen. In allen Verhandlungsrunden haben beide Seiten bekräftigt, dass sie bis Ende Oktober dieses Jahres eine Einigung erzielen wollen. Regelmäßige Treffen zu diesen Verhandlungen finden zwischen der US-Handelsbeauftragten Katherine Tai, und dem Vizepräsidenten der Europäischen Kommission, Valdis Dombrovskis, statt. Die Ergebnisse des letzten Treffens am 20. Juli wurden nicht bekannt gegeben. Botschafterin Tai betonte, dass nach zwei Jahren Verhandlung ein Abkommen auf „hohem Niveau“ erzielt werden müsse.

Abkommen über kritische Mineralien

Im März 2023 erklärten Präsident Biden und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dass die USA und die EU-Verhandlungen zu einem Abkommen über kritische Mineralien beginnen würden. Dies folgte dem Abkommen über kritische Mineralien zwischen den USA und Japan, das vom US-Finanzministerium als Freihandelsabkommen bezeichnet wird. Damit können in Nordamerika endmontierte E-Fahrzeuge mit Batterien aus Japan von der Hälfte der Steuergutschrift aus dem *Inflation Reduction Act* (IRA) profitieren.

Rechtswissenschaften | Prof. Dr. Dr. h.c. Grottel | 1. Semester | SS 2024
Erlaubnis, die Verhandlungen über ein Abkommen mit den USA voranzutreiben. Dieser Schritt war erforderlich, da die USA beabsichtigen, Arbeits- und Umweltbestimmungen in ein mögliches Abkommen aufzunehmen. Sollte die Vereinbarung zustandekommen, würden europäische Bergbau- und Chemieunternehmen ihre Produkte an US-Batteriehersteller verkaufen können, ohne Gefahr zu laufen, die Vorteile des IRA zu verlieren. Die EU kritisiert weiterhin die IRA-Steuerergüsse sowie die lokalen Produktions-, Inhalts- oder Beschäftigungsanforderungen.

Transatlantic Initiative for Sustainable Trade (TIST)

Die USA und die EU haben auf der dritten TTC-Ministertagung im Dezember 2022 die Transatlantic Initiative for Sustainable Trade (TIST) ins Leben gerufen. Ziel der TIST ist, den transatlantischen Handel und die Investitionen in Waren und Dienstleistungen anzukurbeln, um die grüne Transformation gemeinsam voranzubringen. Die Initiative wird sich auf die Zusammenarbeit in vier Bereichen konzentrieren: i) ein nachhaltiges Geschäftsumfeld für einen integrierten transatlantischen Markt; ii) widerstandsfähige und nachhaltige Lieferketten für eine saubere Wirtschaft; iii) Vorteile der grünen Wirtschaft für Arbeitnehmer und Verbraucher und iv) ein globaler Weg für den grünen Übergang. Zu den bislang festgelegten Maßnahmen gehören die Vereinbarung, weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit bei Konformitätsbewertungen zu sondieren und die Gründung einer Initiative zur gemeinsamen Bewertung von Lieferketten, Transparenz und Rückverfolgbarkeit. Weitere Ergebnisse und Initiativen sind für das fünfte TTC-Treffen Ende 2023 geplant: Dazu gehören der Start einer Transatlantic Circular Economy Initiative und einer Initiative zu Green Public Procurement Policies.



Rolle der Welthandelsorganisation (WTO)

Seit Dezember 2019 lehnen die USA ab, Mitglieder für das Berufungsgremium der Welthandelsorganisation (WTO) zu ernennen. Dies bedeutet, dass WTO-Verpflichtungen nur schwer durchgesetzt werden können und viele Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern ungelöst bleiben. Die USA äußerten sich besorgt über die „richterliche Übermacht“ des Berufungsgremiums und betonten die

Notwendigkeit, die Streitbeilegungsfunktion insgesamt weiterzuentwickeln, haben jedoch noch keine konkreten Reformvorschläge eingebracht.

Ein weiterer Aspekt, bei dem sich die WTO und die USA nicht einig sind, ist das Thema der nationalen Sicherheit. Im Dezember 2022 lehnten die USA die Berichte des WTO-Panels zu den von der Trump-Regierung eingeführten und von der Biden-Regierung aufrechterhaltenen Stahl- und Aluminiumzöllen ab. Die USA blieben bei ihrer Haltung. Laut USTR sollten „Fragen der nationalen Sicherheit nicht im Rahmen der WTO-Streitbeilegung geprüft werden können.“ Die WTO sei nicht befugt, die Fähigkeit eines WTO-Mitglieds zu beurteilen und auf Bedrohungen seiner Sicherheit zu reagieren. Statt auf Angelegenheiten der nationalen Sicherheit zu reagieren, müssten diese antizipiert werden. Unter WTO-Standards würde zu spät gehandelt werden.

Nationale Sicherheitsbedenken erstrecken sich auf eine Vielzahl von Sektoren, von der Stahlindustrie bis hin zu fortschrittlicher Technologie. Aufgrund der Befürchtung, dass die Chiptechnologie für chinesische militärische Zwecke genutzt werden könnte, kündigte die Biden Administration im Oktober 2022 Ausfuhrkontrollen für fortschrittliche Halbleitertechnologien nach China an. Die chinesische Regierung hat ihrerseits im August dieses Jahres eine Ausfuhrgenehmigungspflicht für Gallium und Germanium eingeführt, zwei Metalle die in Computerchips und Solarzellen verwendet werden. Da die Spannungen in den Beziehungen zwischen den USA und China ansteigen, ist eine Zunahme der Maßnahmen und Gegenmaßnahmen im Interesse der nationalen Sicherheit zu erwarten.

Zuletzt unterzeichnete Präsident Biden am 9. August dieses Jahres eine Executive Order (E.O.) zur Investitionsprüfung kritischer Technologien in „bedenklichen Ländern“, darunter die Volksrepublik China, Hongkong und Macau. Damit werden US-Personen („US Persons“) „verbotene Transaktionen“ in China von Produkten und Technologien, die eine besonders akute nationale Sicherheitsbedrohung für die USA darstellen, untersagt. Als Sicherheitsbedrohung wird eine Transaktion eingestuft, sobald sie für die militärischen, Rechen- und KI-Produktionen, die Entwicklung von Halbleitern, die für die militärischen,

Kritik an der Handelsagenda

Die Biden-Administration wird für ihre handelspolitische Agenda vom Kongress, dem Privatsektor, zivilen Organisationen und Gewerkschaften kritisiert. Vor allem die schwierige Umsetzbarkeit und der fehlende Marktzugang bei den Rahmenabkommen werden bemängelt. Außerdem wird mangelnde Transparenz kritisiert, und dass Interessengruppen während der Verhandlungsphase nicht miteinbezogen wurden.

Die Unzufriedenheit der Kongressabgeordneten mit der Handelspolitik der Regierung ist bei beiden Parteien zu spüren. Viele Abgeordnete sind der Meinung, dass die Regierung die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Kongresses für den Handel ignoriert, indem sie sich auf „Partnerschaften“ konzentriert, anstatt durchsetzbaren und umfassenden Freihandelsabkommen den Vorrang zu geben. Die Frustration des Kongresses darüber, dass die Regierung die Handelsverhandlungen ohne Zustimmung des Kongresses vorantreibt, wurde in verschiedenen Foren deutlich. In einem Schreiben an Präsident Biden bekräftigten die Mitglieder des Finanzausschusses des Senats, dass Abkommen wie IPEF zwar keine gegenseitigen Zollsenkungen beinhalten, aber darauf abzielten, den Außenhandel zu regulieren und die internationalen Handelsströme neu zu gestalten. Dies müsse vom Kongress genehmigt und umgesetzt werden. In dem Schreiben von Dezember 2022 wurden umfassende Konsultationen mit dem Kongress, und eine größere Transparenz gegenüber den Interessengruppen und der Öffentlichkeit gefordert. Außerdem sollten sich Regierung und Kongress auf Mechanismen zur Vorlage, Genehmigung und Umsetzung von IPEF einigen.

Seitens der Wirtschaft kritisiert unter anderem die *US Chamber of Commerce* den neuen Ansatz der Regierung und argumentiert, dass Handel ein wichtiger Wirtschaftsmotor für das Wohlstandswachstum war und ist. Der Privatsektor lehnt die Auffassung der Regierung ab, dass der Handel einem „Wettlauf nach unten“ gleiche. Rund 40 Millionen Arbeitsplätze in den Vereinigten Staaten sind an den Handel gebunden, und sind im Durchschnitt 15 bis 20 Prozent besser bezahlt als Jobs anderer Gewerbe.

Während man bei USTR häufig auf die Unterbrechungen der Lieferketten während der Covid-Pandemie als Schwachpunkt des Handels verweist, argumentiert die US-Handelskammer, dass es nur durch internationalen Handel möglich war, den dringenden Bedarf im ersten Jahr der Pandemie zu decken. Die Handelskammer betrachtet den Handel und die Zusammenarbeit mit Verbündeten als wichtiges Instrument zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen und zur Bekämpfung der unfairen Handelspraktiken Chinas.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und Gewerkschaften haben Bedenken geäußert, dass die von der Regierung ausgehandelten Rahmenvereinbarungen in Bezug auf Arbeitsnormen und Umweltschutz nicht durchsetzbar sind. Die einzige verbindliche Formulierung des Abkommens mit Japan über kritische Mineralien beispielsweise betreffe lediglich eine vage Verpflichtung zum Informationsaustausch über den Arbeitsschutz und erwähne keinen Umweltschutz, so die NGO Public Citizen. Diese Gruppen haben auch den Mangel an Transparenz bei den IPEF-Verhandlungen beanstandet und insbesondere ihre Enttäuschung darüber zum Ausdruck gebracht, dass der Text des Säule-II-Lieferkettenabkommens noch nicht veröffentlicht wurde.



Ausblick für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen

Die Biden-Administration plant aktuell keine Verhandlungen klassischer Freihandelsabkommen (FTAs), auch nicht mit der EU. Traditionelle Bezugspunkte des internationalen Handels, wie der Marktzugang, werden nur selektiv bei sektoralen

Vereinbarungen wie zum Beispiel bei kritischen Mineralien oder Stahl und Aluminium eingesetzt. Die nach innen gerichtete US-Wirtschaftspolitik wird seitens internationaler Partner kritisch gesehen, da Subventionen und inländische Wertschöpfung (*Domestic Content*) durch den *Inflation Reduction Act*, den *CHIPS and Science Act* und den

Gleichzeitig gibt es aber seitens der Biden-Administration Bemühungen, die transatlantischen Beziehungen zu fördern. Der *US-EU Trade and Technology Council* (TTC) soll die wirtschaftliche Integration voranbringen, indem Handelshemmnisse beseitigt und Standards geschaffen werden.

Die Bedeutung der transatlantischen Beziehung spiegelt sich seit Jahrzehnten nicht nur im Handel, sondern auch bei den ausländischen Direktinvestitionen in den USA wider. Die Vereinigten Staaten sind der wichtigste Standort für EU-Direktinvestitionen und umgekehrt sind die Vereinigten Staaten der wichtigste Investor in der EU. *Friendshoring* - die Vernetzung von Wertschöpfungsketten mit Partnerländern- bietet weitere Integrationsmöglichkeiten für die EU und Deutschland. Wenn beide Seiten auf den Abbau von nichttarifären Handelshemmnissen setzen, besteht laut einer Studie von Deloitte großes Potenzial, die gegenseitigen Exporte zu steigern. Rahmenabkommen wie der TTC und sektorspezifische Verhandlungen wie zu kritischen Mineralien, TIST und Stahl und Aluminium sind in der jetzigen Gemengelage die vielversprechendsten Mittel, die transatlantischen Wirtschaftsbeziehung zu vertiefen.



Impressum

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Die Washington News berichten über aktuelle wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA.

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit www.germanbusinessusa.com

